

SOLIDARITÄT MIT DER KPD? ? ? (*Seite 18!*)

Nr.4

Mai 1973 **1,00 DM**

Inhaltsverzeichnis

Kontaktadressen mitarbeitender Gruppen:

München: Arbeitersache c/o Basis 8 München 13, Franz-Josefstr.26
Frankfurt: Revolutionärer Kampf 6 Ffm 1, Postfach 4202
Köln: Arbeiterkampf c/o Das Politische Buch 5 Köln 41, Zülpicher Straße 197
Hamburg: Proletarische Front c/o Renate Schmitt 2 Hamburg 20, Haynstraße 3
Bremen: Proletarische Front c/o Gerd Stalljes 28 Bremen, Kirchbachstr. 144
Nürnberg/Erlangen: Friederike Pfannenmüller 852 Erlangen, Werner von Siemens-Straße 8

DER HÄUSERKAMPF GEHT WEITER!

Das erste Haus in Hamburg ist besetzt!

Der Häuserkampf geht weiter

Der Frankfurter Häuserkampf setzte Signale. Es war hier in Hamburg nicht mehr schwierig, daß sich 100–200 Lehrlinge, Schüler, Arbeiter und Studenten unter Verschwiegenheit zusammentaten. Am Gründonnerstag, 15 Uhr, waren alle mit Sturzhelm und Gesichtstüchern zur Stelle gewesen. Die Aktion war gut vorbereitet. Das ist die Basis für den bisherigen Erfolg. Die Einteilung für den Einbau der Barrikaden stand fest. Das Material dafür war in Minuten nach System abgeladen. Bis der erste Bullenwagen kam, konnte die Haustür verrammelt werden. Alle fünf Stockwerke wurden gesichert. Die von der Straße, dem Hinterhof und den Nebenhäusern zu erreichenden Fenster wurden verbarrikadiert, vor alle Fenster wurde Maschendraht gegen Tränengasbomben gespannt. **Das Haus war genommen!**

Im ersten Flugblatt nach der Besetzung heißt es:

Wir haben das Haus besetzt:

– **weil die Mieten zu hoch sind**, sie schlucken ein Drittel bis die Hälfte des Lohns.

– **wegen des Spekulantentums**, sie lassen die Häuser verwahrlosen, kassieren bis zur letzten Minute die Wuchermiete, bekommen dann die Abrißgenehmigung wegen Verwahrlosung, schmeißen uns raus und bauen Büroriesen oder Eigentumspaläste hin, die uns nichts nützen, nur ihren Profit steigern.

– **weil der Stadtteil ein Zentrum braucht**, so etwas wie den Marktplatz gibt es nicht mehr, aber die Leute wollen ihren Klönschnak, niemand will sich in den Betonsilos vereinsamen lassen.

– **weil wir uns nicht an den Stadtrand sanieren lassen**, wo die Anfahrtswege immer länger werden, bei immer steigenden Fahrpreisen.

– **weil die Jugendlichen ein Zentrum brauchen**, ein Zentrum, in dem man selbst bestimmt.

Das sind die Gründe, und es wurde jedem klar, daß die Besetzung unserer Häuser die einzig richtige Antwort darauf ist.

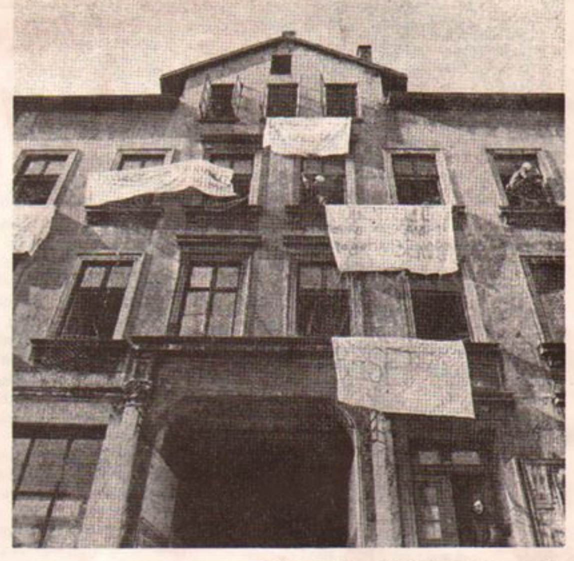
Bereits am Ostersonntag konnten wir es sinnlich erleben. Unter größtmöglicher Sicherheitsvorkehrung machten wir in unseren Räumen ein Kinderfest, zu dem auch die Eltern mitkamen. Es war bestens besucht, wir verbrachten in fröhlicher Stimmung mit einem Teil der Bevölkerung von Hohenfelde den Nachmittag. Die Solidarität überstieg unsere Erwartungen. Man schenkte uns immer wieder Tüten voll Essen, kästenweise Bier, Geld in hohen Beträgen, zehn gebratene Hähnchen kamen geflogen, Ostereier und Baumaterial.

Springer – einer der größten Boden- und Häuserspekulanten Hamburgs, schrieb dazu, die Bevölkerung reagiere mit Entsetzen, ja mit Verbitterung ... Springer kürte uns gleichzeitig zu den „paramilitärisch organisierten, linksextremistischen Politterroristen".

Unsere Arbeit im Stadtteil hat begonnen: mit praktischen Schritten bauen wir ein Stadtteilbüro auf, in dem – wie es in unserem Flugblatt heißt – Mieterberatung und Mieterversammlungen stattfinden können. Wir gehen in die umliegenden Häuser, wo 111 Wohnungen in allernächster Zeit zugunsten wahnwitziger Eigentumswohnungen eingerissen werden sollen. Wir bieten den Mietern unseren Schutz an für den Fall, der Tag der Hausräumung ist gekommen, aber die Mieter wollen immer noch nicht ausziehen. Bereits vor der Besetzung haben wir am Graumannsweg damit begonnen. Es war schon fast zu spät. Das Haus war bereits größtenteils von Rollkommandos zerstört, aber dem Hausbesitzer war das nicht genug, es sollte weiter demoliert werden und auch das Dach zerschlagen werden, damit die restlichen beiden Mietparteien endlich so eingeschüchtert sind, daß sie abziehen. Da postierten wir uns, ausgerüstet, vor dem Eingang und warteten in aller Früh den Abrißtrupp. Er kam nicht rein, mehr noch, die Bauarbeiter solidarisierten sich mit uns und den Mietern, nur ihr Vorarbeiter wußte nicht, wie sich verhalten. Dieser Fall liegt insgesamt noch plizierter, aber es ist klar, was wir meinen.

Das andere, wozu [illegible] Besetzung dient, ist der Aufbau eines Jugendzentrums, in dem die Jugendlichen das machen können, was sie **wirklich** wollen. In Hohenfelde schlendern bisher 100 Jugendliche in den Straßen herum und treffen [illegible] vor der Schwimmoper, die Kneipe ist [illegible]s Geldmangel kaum drin, und so sind sie dem Terror der Bullen ausgeliefert, die dort nicht säuischer vorgehn als in anderen Arbeitervierteln auch. Sie treiben sie jedesmal auseinander; auf der Straße greifen sie sie einzeln aus dem Hinterhalt heraus, schlagen sie, nehmen sie mit auf die Wache und versuchen sie mit allen Tricks zu erpressen, Geständnisse irgendeiner Art zu machen. Die Bullen legen alles darauf an, die proletarische Jugend zu kriminalisieren, um sie dann mit Knast und Schlägen unter Kontrolle zu kriegen, weil sie wissen: Eltern, Sportverein, Gewerkschaft, Alkohol und Diskotheken, damit kann man ihren Widerstand gegen die Arbeit und die Verhältnisse nicht brechen.





Das Dritte, womit die Besetzer ihre Perspektiven den Nachbarn vorstellen, ist, eine Wohnmöglichkeit zu schaffen für Lehrlinge, Ausländer und andere, die sonst schwer was kriegen. Das Haus hatte 16 Wohnungen, heute ist es **eine** Kommune. Die erste Tat, die wir vorgenommen hatten, war, eine Wand herauszunehmen, so daß ein Plenumsraum entstand, in dem alle auf einmal Platz haben. Damit konnten wir kollektiv arbeiten und brauchten uns von der früheren Struktur des Hauses nicht unterkriegen lassen. Es ist für alle ein tolles Erlebnis, wie Schüler, Lehrlinge, Rocker, Studenten, Flipper, Tuis, Arbeiter gemeinsam die Sache aufbauen. Wir sagen hier nicht, wer alles daran teilnimmt, aber die Revisionisten und die, die noch nicht wissen, daß sie auch welche sind, die sind draußen geblieben, die er[illegible]ehmen das Zeitgeschehen aus der Zeitun[illegible].

Wo wir uns politisch auseinandersetzen und im Stadtteil abgrenzen, z. B. mit der Mieterinitiative, eine Initiative, wie es sehr viele gibt, in der sich alle die „auf Reform denkenden Menschen" [illegible] die „Besonderen" im Stadtteil zusamm[illegible]tun. Diese bunte Reihe arbeitet schon seit 1 1/2 Jahren da. Sie ist nach wie vor gegen Gewalt und ist deshalb entsprechend überrascht worden von unserer Besetzung. Aber die Zeit war reif und deshalb steht nun doch die Mehrheit der Initiative auf unserer Seite. Sie wollen sich nun auch entschließen, zu besetzen, falls ihr Ultimatum auf Freigabe von unbewohntem Wohnraum von der Wohnungsbaugesellschaft nicht erfüllt wird. Wir werden seh'n. Eins ist gewiß: ein Jahr Stadtteilarbeit hätte nicht schaffen können, was wir jetzt mit einem einzigen Argument praktisch geschafft haben:

Widerstand ist möglich

Eine Frage kommt immer wieder aus der Bevölkerung: warum habt ihr so ein altes Haus besetzt, warum nehmt ihr nicht einen der leerstehenden Eigentumswohnungskästen? Wir können darauf nur antworten, es ist nicht die letzte Besetzung, es ist hier die erste. Wenn wir das Recht haben, uns zu nehmen, was wir brauchen, dann stimmt es, daß wir uns Wohnraum nehmen sollten, der mit guter Heizung, Badezimmern u. ä. ausgestattet ist. Die 111 Wohnungen, die die gewerkschaftliche Wohnungsbaugesellschaft **BEWOBAU** in diesem Viertel abreißen möchte, sind in der Tat zum größten Teil in einem sehr guten Zustand und die Anzahl der Arbeiterfamilien, Ausländerfamilien, der Lehrlinge und Studenten ist sehr groß, für die es notwendig ist, in leerstehende Wohnungen einzuziehen und sich aus den restlichen Wohnungen nicht vertreiben zu lassen. Unsere tatkräftige Unterstützung wird ihnen gewiß sein. Der Kampf um freie Häuser, gegen die Spekulantensanierung ist auch der Kampf für den Zusammenhalt im Stadtteil und gegen die Zersplitterung am Stadtrand, es kann daher nicht bei der Besetzung eines Hauses bleiben. Wir gewinnen den Kampf, indem wir ihn ausweiten.

Bis heute haben die Bullen das Haus noch nicht angegriffen, das heißt aber nicht, daß sie es nicht tun. Wir bleiben darauf vorbereitet. Unser Wachplan geht rund um die Uhr. Es stehen immer welche in Alarmbereitschaft umsichtig vor der Tür und auf dem Dach. Springer schreibt: „Diese Terroristen sind auf's Modernste ausgerüstet, mit Walky-talkys, Kameras usw. ..." Egal was Springer sich aus den Fingern saugt. Wir sind keine Stümper. Wir haben unsere Erfahrung. Wir besetzen nicht zum Spaß, auch wenn wir ihn haben. Wir besetzen, weil wir's besetzt halten wollen, aber das kann nur der, der auch bereit ist zu kämpfen und genau das konnten wir über Flugblatt und etliche Gespräche jedermann klarmachen. Ohne Knüppel, Sturzhelm und Gesichtstuch bist du ein Spinner, dessen Absichten keiner ernst nehmen kann. Die Bullen haben das erkannt. Sie meinen, das Haus können sie nur noch mit Bulldozern nehmen, deshalb haben sie drei Tage nach der Besetzung den Kleinterror begonnen.

Es begann damit, daß, wer sich alleine auf den Weg zur Straßenbahn oder U-Bahn machte, abgefangen wurde, um seine Personalien festzustellen. Also gingen wir nur noch in Gruppen. Kurz darauf steigerten die Bullen sich dazu, mit Vollgas in eine Gruppe von uns hineinzurasen und einen dabei um ein Haar umzufahren. Die Bullen sind eine widerliche Klassenkampfarmee der Kapitalisten. Als es mit dem Umfahren nicht klappte, tönten sie über ihren Bordlautsprecher wörtlich: wir kriegen euch noch, wir wollen euer Blut!

Bald darauf war es so weit. Eine Gruppe von uns brachte zwei Mädchen zur Straßenbahn, als sie vorne an der Ecke fünf vollbesetzte Bullenwagen sehen, geht ein Mädchen zurück, um Verstärkung zu holen, da rast ein Bullenwagen heran. Sie will flüchten. Ein Bulle springt ihr hinterher, schmeißt sich auf sie drauf, drischt auf sie im Liegen ein, biegt ihr an den Fingern den Arm um, so daß drei davon gebrochen waren. Eine andere Genossin greift entschlossen dazwischen und befreit sie, aber schon ist das Bullenaufgebot zu groß und zwei Drittel des ganzen Trupps werden einkassiert. In der Zeitung steht dazu: „Besetzer schlagen zwei Bullen brutal nieder, überfallen ein Auto" und noch anderer Unsinn.

Das ganze Manöver der Bullen hat ein ganz klares Ziel: sie wollen uns kriminalisieren. Als Hausbesetzer können sie uns nicht isolieren. Das Besetzen von Häusern ist eine Volksaktion, ihr gehört die Sympathie der Leute. Gestern und heute trafen laufend Spenden ein. Unser Flugblatt, über das, was wir bisher gemacht haben, wird überall mit großem Zuspruch aufgenommen. Gestern abend beispielsweise bittet ein Wirt in einer etwas weiter weggelegenen Kneipe seine ca. 30 Gäste um Gehör. Es wird ganz still und er liest den Gästen unser Flugblatt in vollem Wortlaut vor. Es wird mit Klatschen aufgenommen. Es läßt sich die Liste der Solidaritätsaktionen fortsetzen. Sie sind eindrucksvoll und liebevoll, z.B. wenn ein Familienvater, der auch nicht viel hat, in einer Ver-





sammlung, wo man sich offen mit uns solidarisiert, heimlich zwei Plastiktüten einem von uns unter den Stuhl schiebt und wir später darin ein Bügeleisen, eine Unterhose, etwas Brot, eine Decke und ähnliche liebevoll zusammengesuchte Dinge finden.

Genossen, das zeigt uns, wo unsere Stärke liegt. Deshalb werden wir uns in Zukunft nicht mehr auf ein Katz-und-Maus-Spiel mit den Bullen einlassen. Jeder, der uns besucht oder von uns weggeht, kann das ohne Begleitschutz tun. Die Eckhofstr. 39 zu besuchen, ist eine vollkommen legale Angelegenheit, sollte jemand mit einer Ausweiskontrolle auf dem Weg dahin oder davon weg von Bullen belästigt werden, so wird das keine Folgen für ihn haben. Unsere Gesichtstücher und Helme haben wir für die Verteidigung, falls die Schweine uns angreifen wollen. Die Sympathie der Bevölkerung steht auf unserer Seite und den Bullen wird es nicht gelingen, uns zu kriminalisieren.



Bereits nach einer Woche haben sich drei weitere Familien der Nachbarschaft zu uns bekannt, indem sie Leintücher mit Solidaritätserklärungen und ihrem Willen zum Widerstand herausgehängt haben:

Solidarität mit dem besetzten Haus,
Wir gehen auch nicht raus

Das ist ein Akt, den jeder tun kann: ein Bettlaken nehmen und mit Farbe draufschreiben: Solidarität mit Hausbesetzern!!!
DER HÄUSERKAMPF WEITET SICH AUS!
Häuser besetzen! Miete nicht bezahlen!
Und noch eine Parole:

Spekulanten auf den Mond,
damit die Raumfahrt sich lohnt.

Dies war der Anfang. Inzwischen werden die Fronten immer klarer. Nachdem das Kapital einsehen mußte, daß man besetzte Häuser nicht stürmen lassen kann, weil der Kampf zu gewalttätig wäre und dafür die Sympathie für Hausbesetzungen im Volk zu groß ist, lassen sie nun ihre reformistische Flanke stark vorziehen. Dieser DKP/SHB ASTA ([redacted]) [redacted] sich wieder voll mit [redacted]erlichen Mieterinitiative [redacted] bemalte in einer für die [redacted] Aktion das Nebenhaus, [redacted] Bevölkerung einlud und die [redacted] herzlich willkommen hieß. Jetzt [redacted] wieder die guten und die [redacted] im Viertel. So wollen [redacted] der Bevölkerung von [redacted]. Aber es kamen keine von [redacted] auf wenige, derer wir [redacted] auf der Straße [redacted] Rolle des AStA-[redacted] haben wir nebenstehend [redacted] der Hausbesetzung.

Der Kampf [redacted]skapitalisten um die Grundstücke [redacted]-Hohenfelde ist seit 1968/69 [redacted]. Erst feilschte die Spekulations[redacted] Heimbau" mit dem Großmakler [redacted] Friedrich Bruhn, bis dann 1970 [redacted]BAU zuschlug und damit das [redacted] unter den Kapitalisten entschieden [redacted].

Was ist [redacted]BAU? Die BEWOBAU, das heißt „Betreuungs- und Wohnungsbaugesellschaft" und ist der Spekulantenarm der DGB-eigenen „Neuen Heimat". Dahinter verbirgt sich die größte gewerkschaftliche Kapitalkonzentration der Welt. Zum DGB-Kapital gehören auch die „Bank für Gemeinwirtschaft" und der Co Op-Lebensmittelkonzern. Die „Neue Heimat" selbst ist das mächtigste Bau- und Wohnungsunternehmen in der EWG. Sie kommandiert 4 000 Bauunternehmen mit 120 000 Bauarbeitern. Außerdem gehören ihr in der Bundesrepublik 300 000 Mietwohnungen.

Die „Neue Heimat" dirigiert den gesamten Trust aus ihrem Hauptverwaltungsgebäude mit 5 500 Angestellten. In den letzten Jahren hat sich der Trust ein Imperium geschaffen, in dem die Sonne nicht mehr untergeht. Außerhalb der Bundesrepublik baut und spekuliert die „Neue Heimat" hauptsächlich in Israel und Südafrika, aber auch in Venezuela und sogar in den USA.

Die eigentliche Machtausübung dieses Konzerns läuft über die enge Verknüpfung von SPD, Gewerkschaft und zentraler Staatsbürokratie. Als Drehscheibe wird dabei die „Bundesarbeitsgemeinschaft für Städtebau und Wohnungspolitik" der SPD benutzt. Indem die „Neue Heimat" dieses Gremium ständig schmiert, ist sie in der Lage, von da aus die Wohnungsbauminister, den ganzen staatlichen Wohnungsbauapparat zu dirigieren und die ganze Politik zu machen. Das Städtebauförderungsgesetz von 1971 heißt unter Eingeweihten „Lex Neue Heimat".

Besonders eng sind die Verbindungen zwischen „Neuer Heimat" und Hamburger Senat. Für die „Neue Heimat" war es ein Klacks, über ihren Spekulantenarm BEWOBAU die Klein- und Mittelkapitalisten in Hohenfelde aus dem Rennen zu schmeißen.

Warum wirft sich das größte (und nebenher gewerkschaftseigene) Wohnungskapital der BRD auf den Arbeiter und Angestellten im Bezirk Hohenfelde? Hohenfelde liegt nahe bei der Außenalster. Das ist mit die schönste Gegend Hamburgs. Sie muß den Kapitalisten vorbehalten sein. Sie sollen dort zusammen mit den Leuten aus der oberen Mittelklasse ihre Eigentumswohnungen, Büroriesen und Vergnügungspaläste kriegen. Das Startzeichen wurde mit dem Bau eines Luxushallenbads mitten in Hohenfelde, der „Schwimmoper", gegeben. Jetzt durfte im übrigen Viertel spekuliert werden. Nachdem die umliegenden Wohngrundstücke (52 500 Quadratmeter in der Hand von 26 Eigentümern) endlich in einer Hand konzentriert waren, konnte die BEWOBAU mit dem zweiten Akt beginnen: Rausschmiß der Arbeiter und Angestellten, Verfrachtung an den Stadtrand und Abriß ihres Viertels. Das Gewerkschaftskapital hat dafür seine Methode: Erst bekommen die Altmieter Stallplätze in den Altersheim-KZs. Andere Mieter, die nicht freiwillig gehen, bekommen Drohbriefe mit Forderungen bis 1.000,– DM pro Tag, den sie länger bleiben. Zu denen, bei denen das nicht zog, kamen Schläger und Zerstörungstrupps, die bereits leere Wohnungen vollkommen zerstörten, dabei auch das Treppenhaus demolierten und „aus Versehen" das Strom- und Wassernetz für das gesamte Haus zerschlugen. Da stand die BEWOBAU den anderen Spekulanten in der Umgebung in nichts nach.

Was bezweckt das Kapital mit der Zerstörung des Viertels? In Hohenfelde soll eine Politik durchgesetzt werden, wie sie gerade die größten Kapitalgruppen, vom kapitalistischen Staat voll gedeckt, überall durchzusetzen versuchen. Wie die Rationalisierung die Arbeiterklasse in den Fabriken zerpflückt und spaltet, so soll die „Sanierung" der Wohnviertel jeden unkontrollierten gesellschaftlichen Zusammenhang unter den Arbeitern in den Quartieren zerstören. Arbeitermassen raus aus den Stadtzentren, rein in die kontrollierten Ghettos am Stadtrand neben den großen Verkehrstangenten und den neuen Industriegebieten, wo der Zusammenhang zusammenbricht. Wo niemand sich kennt, wo die Bauweise keine Chance für kollektive Bedürfnisse läßt, wo die Arbeiter zwischen den kleinen Angestellten vereinzelt vegetieren.

Aufgeteilt in Kleinfamilien, eingepfercht in Schuhkarton-Wohnungen mit bis zu 20 Stockwerken übereinander – ein großes Silo, so sollen die Arbeitermassen gehalten werden, damit sie ja nicht aufmucken und in den neuen Masseninustriezentren weiter die Maloche machen.

Beispiel Hohenfelde

Das alles läßt sich beispielhaft am Fall Hohenfelde ablesen. Ein weiterer schwer kontrollierbarer Teil der Gesellschaft wird nach einem vom großen Wohnungskapital der Stadt diktierten Plan kaputt gemacht. Die Altmieter werden brutal an die Luft gesetzt, um das Viertel zerstören und über 400 Eigentumswohnungen für die Oberklassen (Kostenpunkt 3 000,– DM pro qm) aufbauen zu können. So bedingen sich politische Herrschaft und Profitziel der Kapitalisten gegenseitig.

Der schwächste Punkt in der Strategie des Kapitals liegt heute beim Übergang vom zweiten zum dritten Akt. Das ist die Zeit, in der die alten Wohnungen leerstehen, solange bis alle leerstehen und mit dem Abriß für den Neubau begonnen werden kann. Das ist der Punkt, wo erstens die Massenfeindlichkeit des großen Kapitals – sei es privat, staatlich oder Gewerkschaftseigentum – einem jeden ins Auge fällt, und wo zweitens das Kapital auf Mieteinnahmen verzichten muß.

Auf der anderen Seite bietet dieses Moment die Möglichkeit, mit einem Schlag antikapitalistische Bedürfnisse durchzusetzen. Die Massenfeindlichkeit ist überdeutlich, große Teile des Volkes sind bereit, dagegen zu kämpfen. Häuser zu besetzen bedeutet, den kapitalistischen Plan in den Vierteln zu zerstören. Bedeutet keine Miete zu bezahlen, bedeutet die kapitalistische Schuhkartonstruktur aufzuheben. Bedeutet Kommunen und Zentren zu bilden, bedeutet das gesellschaftliche Leben des Stadtteils zu reorganisieren, bedeutet die Ohnmacht zu überwinden. Im Besetzen der Häuser und im Mietstreik liegt der Angelpunkt für den Kampf gegen das Kapital außerhalb der Fabriken.



Wie geht das Kapital im Fall Hamburg-Hohenfelde dagegen vor? Mit Hilfe des Hamburger Studentenwerks und des DKP/SHB-AStAs der Universität wollte das Gewerkschaftskapital seine empfindlichste Stelle schützen. Die BEWOBAU hatte nach der Hausbesetzung plötzlich vor, mit der Wohnungsgesellschaft von Studentenwerk, Uni und AStA einen „Nutzungsvertrag" für den gesamten Abrißbezirk Hohenfelde abzuschließen. Plötzlich sollte der auf Ende Juni 1973 festgelegte Abrißtermin bis 31. März 1974 verlängert werden. Die Hausbesetzer sollten ausgetrocknet werden und in einem Studentenghetto untergehen. Die Wohnungsnot der Studenten sollte gegen die Hausbesetzer und die noch verbliebenen Mieter des Viertels ausgespielt werden. So wollten die BEWOBAU-Manager sich aus der Schußlinie ziehen und gleichzeitig ihren Reibach machen. Die Studenten sollten mit hohen Mieten die Profitlücke bis zum Abriß schließen und sich verpflichten, dann, wenn die Kapitalisten die Zeit für reif halten, lautlos zu verschwinden.



Aber die BEWOBAU und die Reformisten haben ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht. Um ihr trübes Spielchen zu machen, hätten sie die Altmieter übers Ohr hauen müssen, ohne deren Zustimmung war nichts zu machen. Und die haben sich für das Bündnis mit den Besetzern entschieden. Selbst Springer muß zugeben: „Besetzer und Mieterinitiative ziehen an einem Strang." Der große Trick ist geplatzt. Besetzer und Mieterinitiative sagen gemeinsam: **Kampf dem Plan der BEWOBAU**



xZum Hamburger Studentenwerkartikel: Dokumentation für DM 1,50 erhältlich über die Adresse der Proletarischen Front in Hamburg.

[redacted]

Schock, als die Scheibe zerbarst

Hamburg — Zuerst gab es einen dumpfen Knall, dann zersplitterte die Windschutzscheibe eines Streifenwagens an der Ifflandstraße in Hohenfelde. Der Fahrer des Wagens erlitt einen schweren Schock und mußte mit dem Notarztwagen für drei Stunden in das Krankenhaus St. Georg eingeliefert werden.

Nach Angaben der Polizei haben die jungen Leute, die das Haus an der Ekhofstraße besetzt halten, Polizeibeamte und den Peterwagen mit Flaschen und Steinen beworfen. Zunächst sollen fünf Hausbesetzer mit Eisenrohren, Stangen und Latten an die Beamten herangetreten sein. Doch es kam nicht zu einer Auseinandersetzung. Dann gingen sie zurück, stiegen aufs Dach des Hauses und bewarfen die Beamten.



Polizist mit einem Schock auf dem Weg ins Krankenhaus

**

Unsere Parole zum 1. Mai ist eine „heiße" Parole in jeder Hinsicht. Sie machte – keiner wird das bestreiten – sehr weitgehende und positive Diskussionen mit Arbeitern möglich. Sie rief unter organisierten Genossen anderer Gruppen eine geradezu hysterische Kritik hervor: das Ideal vom hehren und arbeitsamen Kommunisten der 30er Jahre spukt noch in vielen Köpfen herum. Diesen Reaktionen und ihrer politischen Bedeutung sei ein weiterer Teil gewidmet. Und drittens war die Parole auch in der Arbeitersache selbst nicht unumstritten. Sie entstand im Umkreis der BMW-Gruppe und der aktiven Vorbereitungsgruppe für den 1. Mai, im Rahmen politischer Erfahrungen und Einschätzungen, die nicht in allen Punkten mit denen übereinzustimmen scheinen, die etwa in der MAN-Gruppe gemacht werden. Im Übrigen: Dieser Artikel soll nicht versuchen, den 1. Mai, wie wir ihn organisiert und politisch durchgeführt haben, vollständig einzuschätzen. Er soll aber sehr wohl versuchen zu zeigen, mit welcher politischen Konzeption die zentralen Parolen verbunden sind, und einzuschätzen, was sich anhand dieser Inhalte für Perspektiven der Weiterarbeit ergeben.

1. MAI TAG gegen die Arbeit

Wir wollen leben



Das Arbeitsethos geht kaputt

Die Parole drückt am besten das gestörte Verhältnis aus, das heute die meisten Arbeiter zu ihrer Arbeit haben. Neben dem Sex ist die „Scheißarbeit" **das** Thema am Arbeitsplatz. Es gibt durchweg ein kumpelhaftes Einverständnis darüber, daß man sich mit allen Mitteln vor der Arbeit zu drücken hat und das geschieht von Situation zu Situation verschieden, hier mehr und dort weniger, hier vereinzelt individuell und dort in abgesprochener Form und kollektiv.

Manche sind als Zeitlöhner, Springer, Kontrolleur, Nachtarbeiter, Facharbeiter besser dazu in der Lage, andere kennen sich besser aus und wissen mehr Tricks, andere sind wiederum zu großen Zwängen und zu starker Kontrolle ausgesetzt, als daß sie sich so ohne weiteres verdrücken könnten und wieder andere (und das sind schon sehr wenige) haben noch so blöde Ideologien im Kopf: Arbeit macht Spaß / Arbeit schön / Wenn sie die Ausländer nach Hause schicken würden, würde ich glatt noch drei Stunden mehr dafür arbeiten!

Meistens verdecken sie damit bloß ihre Angst, ihr schlechtes Gewissen, weil sie soviel Überstunden machen, weil sie meinen, 5 000 Mark zusammensparen zu müssen usw. Aber so richtig identifizieren tun sich eigentlich nur die vom Meister aufwärts, und selbst von denen viele auch nicht. Sonst herrscht eine, wenn auch meist nur verbale, permanente Stimmungsmache **gegen** die Arbeit – und nicht etwa nur gegen die Stückzahlen, die kurzen Pausen. Man hört dauernd solche Sprüche: Arbeit – Scheiße; besser zu Hause sitzen, Likör trinken, Zigarre rauchen und stopfen; die schönste Arbeit taugt nichts, wenn man nicht seine Ruhe hat; ja, wenn die mich das ganze Jahr bezahlen würden, tät ich schon gern daheimbleiben; nix arbeiten besser.

Mißverständlich ist die Parole insofern: Allen steckt der Zwang im Kopf, wenn du nicht arbeitest, kriegst du kein Geld, also muß man arbeiten, wenn man leben will. Und wohl einige stolperten über diesen scheinbar offensichtlichen Widerspruch: Wie kann man nur gegen die Arbeit sein, wenn man leben will. Aber genau diese Logik muß durchbrochen werden, denn sie führt zu jener Aussage: Mir gefällt meine Arbeit, weil ich soundsoviel verdiene, weil ich dies und das von kaufen kann. Wer so denkt, geht so leicht nicht das Risiko eines Kampfes ein. Wer so denkt, schiebt Sonderschichten und Überstunden. Obwohl er klar davon ausgeht, daß das Leben erst außerhalb der Arbeit anfängt. Deshalb: Schaffen wir ein allgemeines antiautoritäres Scheiß-doch-drauf-Bewußtsein gegenüber der Arbeit – soweit es nicht schon vorhanden ist.

Gerade die deutschen Arbeiter haben immer ein besonders starkes Arbeitsethos gezeigt, nach dem Zweiten Weltkrieg hervorgebracht durch die Mischung von Facharbeiterideologie mit „Wiederaufbaupathos". Diese Arbeitsauffassung hat sicher nie bedeutet, daß die Arbeit als positiv und befriedigend empfunden wurde, sondern eher, daß über Schule und andere Institutionen ein sehr starkes **Pflichtbewußtsein** erzeugt worden war, gekoppelt mit der Illusion, durch **Fleiß** lasse sich etwas erreichen. Wir erleben nun heute eine Phase, wo für einen Teil der Arbeiter diese Arbeitsideologie zerbröckelt ist. Mag sein, daß die Inflation ihren Teil dazu tut, die ständige Steigerung des Arbeitstempos, das verstärkte gesellschaftliche Problembewußtsein. In jedem Fall: Betrachtet man das Verhältnis z. B. zum Krankfeiern, zum Trödeln, die Identifikation mit den Kapitalisten überhaupt, dann muß man blind sein, wenn man die Veränderung seit den letzten drei Jahren nicht zur Kenntnis nimmt.

"gegen die Arbeit – ein Programm, keine Forderung

Erinnern wir uns an die spontanen Streiks in der letzten Zeit und auch an die Erfahrungen, die die BMW-Gruppe mit der Sonderschichtkampagne gemacht hat: Seit den Sonderschichten im letzten Jahr ist der Arbeitsunwille enorm gestiegen. Es ist die Repression der Meister und nicht etwa ein Arbeitsethos, was die Leute am Samstag in die Fabrik zwingt. Für alle Arbeiter, die in individuellem Unmut heute gegen die Notwendigkeit, sich zu schinden, mosern, ist eine politische Parole „Gegen die Arbeit" wichtig. Eine solche Parole ist natürlich keine Forderung. Sie ist vielmehr ein Programm, das ausdrückt: es ist politisch richtig und möglich, gegen die Schufterei zu sein. Es gibt eine gesellschaftliche Alternative für uns, für die man kämpfen kann. Und die einzelnen Programmpunkte im Kampf gegen die Arbeit heißen dann:

- Kampf gegen Überstunden und Sonderschichten,
- gegen die Schichtarbeit,
- gegen Akkord, Arbeitshetze, gesundheitsschädliche Arbeit,
- gegen die Hierarchie,
- für mehr Pausen, mehr Lohn, mehr Freizeit.

Das Argument, die Arbeiter kämpfen nicht gegen die Arbeit, sondern für mehr Lohn oder bessere Arbeitsbedingungen, trifft nur an der Oberfläche zu. Natürlich werden die Forderungen und Kampfinhalte der nächsten Jahre sich auf solche Probleme konzentrieren. Aber wir haben uns immer bemüht, die grundlegenden Elemente, die in den Arbeitskämpfen enthalten sind, freizulegen. Gerade der Streik selbst ist ja eine kolektive Arbeitsverweigerung.

Die Unzufriedenheit mit der Arbeit ist immer ein Element; und es ist unsere Aufgabe klarzustellen, daß davon zu sprechen keine Utopie, keine irreale Wunschvorstellung, keine Spinnerei ist, sondern, daß die weitestmögliche Reduzierung der industriellen Arbeit mit der Revolution auf der Tagesordnung steht.

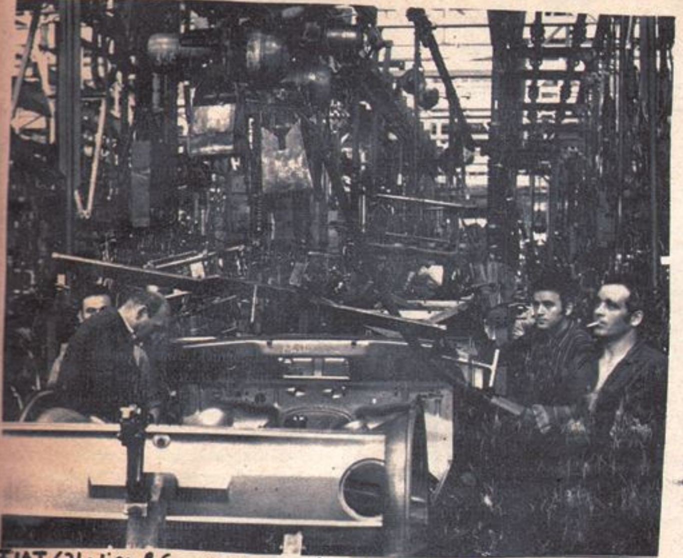
Die ausländischen Genossen sagen z. T.: Für Ausländer gilt diese Parole nicht. Sie sind froh, daß sie hier Arbeit gefunden haben. Dieses Argument ist falsch. Niemand freut sich, daß er arbeiten kann. Die Ausländer müssen, ebenso wie die Deutschen, ihre Arbeitskraft verkaufen. Aber sie machen, soweit es geht, Gebrauch von den Möglichkeiten, wenig zu arbeiten – und es geht darum, zu zeigen, daß diese Haltung politisch legitim ist, daß sie einen eminent politischen Gehalt hat. Die Negation des Kapitalismus in der ganzen Konsequenz bedeutet: *Wir müssen uns weigern, für die Kapitalisten zu schaffen,* und das wird bedeuten: *Wir müssen die weitere wirtschaftliche Entwicklung zerstören.* In diesem Sinn beinhaltet die Parole *Gegen die Arbeit* die weitestgehende Autonomie: *den Kampf für ein anderes Leben.*

Es geht aber darum, zu zeigen: Bei den Gewerkschaften und den Revisionisten sind diese Forderungen (z. B. Lohnerhöhungen) gekoppelt mit einem Programm von Mehrarbeit: darum ist für sie der 1. Mai der „Tag der Arbeit" – wie für die Faschisten. Für uns und die Arbeiter müssen diese Forderungen gekoppelt sein mit einer Perspektive zur Verneinung der Produktion, des Kapitalismus, d. h. aber auch der Arbeit. Deshalb haben wir zum 1. Mai diese Parole in den Mittelpunkt gestellt, gekoppelt mit dem, was an die Stelle der Scheißarbeit zu treten hat: **Leben** im umfassenden Sinn!

Dieses **Wir wollen leben** heißt: Möglichkeiten zu schaffen, eine sinnvolle Freizeit zu verbringen (viele Ausländer gehen Samstags arbeiten, weil sie im Wohnheim nicht wissen, was sie tun sollen). Die Parole bezieht sich auf den gesamten Lebenszusammenhang: Wohnheime, Wohnungen, Mieten, Kindergärten; Luftverschmutzung, Lärm; Grünflächen, Freizeiteinrichtungen, Sexualität. **Wir wollen leben** kristallisiert sich auf unseren Festen: ein Anfang der Kommunikation, des Kennenlernens, sich helfen: ein Anfang von anderem Leben, alle zusammen.

→

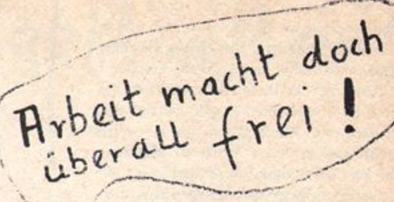
★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★



FIAT (Italien/Sowjetunion) RENAULT (Frankreich/Polen) BMW (BRD/DDR)

„Hier wird auch hinausgefeuert, wer nichts kann und wer nichts zu sagen hat"

Leonid Breschnjew





★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★

Was für eine Alternative? Was für ein Sozialismus?

Ein ML-Genosse sagte es am deutlichsten: „Aber Genossen, wir Kommunisten sind doch nicht gegen die Arbeit. Wenn wir Pech haben, müssen wir im Sozialismus sogar noch mehr arbeiten." Andere meinten schlicht: „Ihr seid ja nette Leute, aber Ihr habt einen Vogel." Und noch einmal andere sagen: „Wir sind doch nicht gegen die Arbeit, sondern gegen die Ausbeutung. Und wir möchten doch, daß im Kommunismus die Entfremdung der Arbeit aufgehoben wird, daß wir in der Arbeit unsere Phantasie, unsere Kreativität, unsere Menschlichkeit entfalten können."

Was für ein „Marxismus"?

Hier ist es nötig, etwas weiter auszuholen. Die Genossen, die sich bei ihrer Kritik an der Parole auf Marx berufen, greifen zurück auf die Darstellung, die Marx von der Entwicklung des Menschen zum Menschen gegeben hat. Diese ist ohne Zweifel durch die Arbeit erfolgt: vom Steineklopfen bis zur Weltraumrakete. Aber gleichzeitig zeigt er: Kapitalismus bedeutet zwei Dinge. Einmal die Ausbeutung. Und zweitens die Entwicklung der Produktivkräfte bis zu dem Punkt, wo die gesellschaftlich notwendige menschliche Arbeit dank der technischen Möglichkeiten auf ein Minimum reduzierbar wird. Nun ist es aber das Hauptmerkmal des Kapitalismus, daß er diese Möglichkeit genau in ihr Gegenteil verkehrt, nämlich dazu, **möglichst viel gesellschaftlich nicht notwendige, unbezahlte Arbeit aus den Individuen herauszupressen.**

„Der Diebstahl von Arbeitszeit, auf dem die gegenwärtige Akkumulation von Reichtum beruht, erscheint umso elender, wenn man ihn bezieht auf die neue Basis, die die Großindustrie selbst geschaffen und entwickelt hat. Da die Arbeit in ihrer **unmittelbaren Form**, also lebendige, industrielle Arbeit aufgehört hat, die Hauptquelle des Reichtums zu sein, hört auch die Arbeit auf, das Maß des Reichtums zu sein. Die Mehrarbeit der großen Massen ist nicht mehr die Bedingung für die Entwicklung der allgemeinen Fähigkeiten des menschlichen Gehirns." (Grundrisse II, S. 222)

Es lassen sich weitere Zitate beliebig aufführen. Und nicht nur Marx' Kapitalanalyse, sondern die intuitive Kenntnis der Massen hat begriffen, daß in unserer Gesellschaft vor allem eines verschwendet wird: menschliche Arbeit!

China – unser Modell?

Woher aber die Verwirrung der Genossen? Da klingt vieles an: Einmal die Vorstellung eines nichtentfremdeten, inhaltlich befriedigenden Arbeitsprozesses. Doch machen wir uns keine Illusionen. Sicher, eine Übergangsgesellschaft muß sich bemühen, die Trennung von Hand- und Kopfarbeit, die Hierarchisierung, die maßlose Hetzerei anzugreifen, den Arbeitsvorgang selbst zu erleichtern. Aber es gibt kein Zurück zur handwerklichen Produktion, zum beschaulichen Facharbeiterum. Und das ist auch nicht sinnvoll. Die Freisetzung von der Notwendigkeit, Stunden um Stunden Maschinen zu bedienen, um leben zu können, ist eine unvergleichlich hoffnungsvollere Perspektive.

Wir dürfen uns nicht durch ein chinesisches Modell verwirren lassen. **Der gesellschaftliche Reichtum, der Entwicklungsstand unserer Gesellschaft macht ein anderes Übergangsmodell möglich, eines, das von Anfang an Arbeiterkontrolle gleichsetzt mit einer Reduzierung von Arbeit.** Katholische Gemüter und naive Vorstellungen lassen eine Verwirklichung des Menschen in einer selbstbestimmten Bandarbeit möglich scheinen. Aber die industrielle Massenproduktion unter dem Einsatz menschlicher Arbeit ist kein Mittel zur völligen Emanzipation – es lassen sich allenfalls die schlimmsten Deformationen verschönern (dazu wird das Kapital selbst schon durch den Widerstand der Arbeiter teilweise gezwungen). Genossen, die uns heute sagen, der Mensch könne sich in einem veränderten Arbeitsprozeß verwirklichen, sollen uns bitte sagen, welche Art von Arbeit das sein kann! Rotation von „besseren", qualifizierteren Arbeitsplätzen an andere verdeckt nur das Problem oder besser, legt es offen: möglichst wenig stumpfsinnige Arbeit! Gegen die Ausbeutung durch das Kapital sein, heißt, gegen die Mehrarbeit sein. Und die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit wird immer geringer. Das ist die vielleicht am besten ideologisch verschleierte Realität unserer Zeit. Alle Kapitalisten sind bereit, über Reformen zu sprechen. Aber fragen wir sie einmal über die Reduktion von Arbeitszeit!

Die Parole *Gegen die Arbeit* verlangt also von uns, Stellung zu nehmen zu „sozialistischen" Entwicklungsmodellen. Sie ermöglicht eine Auseinandersetzung mit der DDR wie mit der SU, mit der Geschichte der Arbeiterbewegung wie mit ihrer Gegenwart. Und sie verlangt von uns, daß wir uns den Kopf zerbrechen über die Revolution, die unserem Stand der Entwicklung entspricht, nicht dem von unterentwickelten Ländern.

„Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst dan, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen, materiellen Produktion. Wie der Wilde mit der Natur ringen muß, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, um sein Leben zu erhalten



und zu reproduzieren, so muß es der Zivilisierte, und er muß es in allen Gesellschaftsformen und unter allen möglichen Produktionsweisen. Mit seiner Entwicklung erweitert sich dies Reich der Naturnotwendigkeit, weil die Bedürfnisse; aber zugleich erweitern sich die Produktivkräfte, die diese befriedigen. Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden, ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn. Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck ergibt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur aus jenem Reich der Notwendigkeit aufblühen kann. **Die Verkürzung der Arbeitszeit ist die Grundbedingung.**" (Kapital III, S. 828).

★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★

Im münchener Norden kann man nicht leben

Was wir am 1. Mai gemacht haben

Am 1. Mai, dem „Tag der Arbeit", ist es für viele Linke mittlerweile eine liebe Gewohnheit geworden, sich auf dem Königsplatz gegenseitig Flugblätter zu verteilen. Dieses Jahr war es natürlich nicht anders: Unter den Augen einer chinesischen Journalistendelegation waren rund 20 000 Menschen (vornehmlich Linke) dort, um sich das übliche Geseiche von Minister Schmidt und DGB-Häuptling Vetter anzuhören. Neben dieser „Massenveranstaltung" liefen natürlich noch die obligatorischen Demonstrationen der jeweiligen KPDMLAOABGZKRoterMorgenundFahnen ab.

Wir haben uns aber überlegt, daß man nicht die Arbeit feiern muß, sondern den Kampf für ein besseres Leben: und deshalb war für uns alle klar, daß diese Feier dort stattfinden muß, wo wir leben und wo wir arbeiten, hier im Münchner Norden in der Region Milbertshofen. Drei Tage lang haben wir ein großes, multinationales Fest gegen die Arbeit gefeiert.

Warum in Milbertshofen? Weil wir hier in und an der BMW seit drei Jahren Betriebsarbeit machen und gleichzeitig für die Region um BMW herum ein politisches Konzept

S. 5 →



Fortsetzung von Seite 5

entwickelt haben (siehe WWA Nr. 2), das die Betriebsarbeit in dieser Industriegegend Münchens mit Aktivitäten im Stadtteil, gegen die Mieten, gegen die Preise usw. verbindet. Hier im Münchner Norden gibt es die meisten Fabriken, hier ist die Bevölkerungskonzentration am größten, besonders der Anteil der Ausländer. Hier stinkt es, der Krach ist unerträglich; es gibt viel zu wenig Schulen und Kindergärten; es gibt viele Wohnheime, in denen Ausländer und deutsche Pendler zusammengepfercht leben, die Mieten in den Neubauwohnungen sind irrsinnig hoch. Wie meint der Münchner OB Kronawitter (SPD): „Im Münchner Norden kann man eigentlich überhaupt nicht mehr leben ...!" (Aber mehr meint er auch nicht) Insgesamt liefen vier große „Veranstaltungen" ab:

Kinderfest

Die Kinder können in Milbertshofen „eigentlich" auch nicht leben – sie spielen zwischen BMW-Lastwagen und Mülltonnen, es gibt weder Spielplätze noch Grünanlagen oder Kindergärten. Die Wohnungen, in denen sie leben, sind meist viel zu eng, und es ist klar, daß sie ihren Eltern dort oft auf die Nerven gehen, die kaputt und müde von der Arbeit heimkommen.

Deshalb haben wir nachmittags am 29. 4. 1973 mit den Kindern zusammen ein großes Kinderfest veranstaltet, zu dem über hundert Kinder kamen. Der Hof vor dem „Zentrum" wurde in einen riesigen Abenteuerspielplatz verwandelt, auf dem die Kinder, darunter auch viele Ausländer, den ganzen Nachmittag herumtobten.

Viele Eltern kamen auch und haben sich das Spektakel angeschaut; und mit ihnen zusammen wollen wir jetzt anfangen, ein multinationales Kinderzentrum in Milbertshofen aufzubauen; viele von ihnen haben gemerkt, daß es möglich ist, etwas selber zu organisieren, und sowohl Kinder wie auch schöne freie Plätze gibt es in dieser Gegend mehr als genug!



Der 1. Mai ist gekommen wir schlagen aus

Jugendfest



Am Abend vor dem 1. Mai haben wir dann eine Politfete für die Jugendlichen aus der Region organisiert; seit der Hausbesetzung in der Trogerstr. vom letzten Sommer gibt es hier eine Lehrlingsgruppe; dazu kamen noch viele Schüler und Lehrlinge von der Post, und wir haben viel diskutiert. Über das Rauch-Haus, Lehrlingskollektive, die Wichtigkeit eines Jugendzentrums usw. Später kamen dann noch viele Arbeiter von der BMW-Spätschicht, die alle unwahrscheinlich sauer waren, daß sie in diesem Frühling zwar drei Sonderschichten schieben, aber trotzdem an diesem Montag arbeiten mußten. Wir haben jetzt auch eine Schülergruppe, und wir wollen alle zusammen irgendwo in Milbertshofen ein Jugendzentrum für uns aufbauen. Die Diskussion mit den Lehrlingen ging dann am 1. Mai weiter mit einer Aktion am Lehrlingswohnheim.

Demonstration

Wir veranstalten eine Demo durch Milbertshofen; die erste Demo, die dieses Viertel je gesehen hat. Daß es eine richtige Entscheidung war, die Demonstration hier anstatt durch die leere Innenstadt zu traben, hat die Bevölkerung uns mit ihren Reaktionen ganz deutlich bewiesen. Vor dem Lehrlingswohnheim und den wichtigsten Ausländerwohnheimen haben wir Kundgebungen in mehreren Sprachen gemacht, sehr viele Leute haben zugehört, uns gewunken oder sich sogar angeschlossen. Die Kinder gingen mit ihren Forderungen nach Spielplätzen ganz am Anfang, und gerade mit ihnen sind noch viele andere Kinder mitgegangen.

Die Demonstration mit den beiden Parolen „Tag gegen die Arbeit" und „Wir wollen leben" und vielen konkreten Forderungen war eigentlich die Zusammenfassung von all den Leuten, Kindern, Lehrlingen, ausländischen und deutschen Arbeitern, vor allem aus der BMW und Genossen, die bei einer der Veranstaltungen vorher mitgemacht hatten, und die auch weiter hier in Milbertshofen aktiv sein wollen. Und jetzt hat auch eine breitere Öffentlichkeit hier mitgekriegt, was wir in der nächsten Zeit machen wollen.

Besonders große Zustimmung fand unsere Forderung bei der Kundgebung vor der BMW: „Lastwagen und Lackgestank raus aus der Riesenfeldstraße!" Diese Straße ist eine reine Wohngegend, aber der Gestank, der Dreck und vor allem der Krach der Laster, die andauernd bei der BMW rein und raus und dann hier durch die engen Straßen fahren, ist unerträglich. Bürgerinitiative und Unterschriftensammlung nützten da natürlich nichts – aber gemeinsam mit den Anwohnern werden wir uns jetzt wirksamere Schritte ausdenken!

Bei der Schlußkundgebung vor unserem Zentrum berichtete ein Lehrling: „Kurz bevor die Demonstration an unserem Lehrlingsheim vorbeizog, erließ unser Heimleiter Haug ein Ausgehverbot; wir mußten die Rolläden herunterlassen und durften die Demonstration nicht einmal aus der Haustüre heraus anschauen."

Außerdem berichtete er über die miserablen Zustände in diesem Lehrlingsheim. Daraufhin sind wir zu dem Heim gezogen und haben Putz gemacht. Haug verhinderte eine Diskussion über sein unverschämtes Verhalten durch Brachialgewalt und ein rasch herbeitelefoniertes Bullenaufgebot. Fünf Genossen wurden vorübergehend festgenommen (Delikt: Hausfriedensbruch). Über den Vorfall wurde anschließend mit Lehrlingen aus dem Heim im Zentrum diskutiert.



multinationales Arbeiterfest

Der 29. 4. 1973 hat den deutschen Genossen ziemlich klar gezeigt, daß es in der Kommunikation mit den ausländischen Arbeitern für sie Grenzen gibt, die u. a. durch die Sprachschwierigkeiten gesetzt werden. Für die deutschen Genossen ist es auf die Dauer unbefriedigend, mit den Emigranten auf der Ebene von „Scheißarbeit – Wohnheim nix gut" zu reden. Um die multinationale Arbeit wieder zu beleben, haben wir mit Deutschkursen für die Ausländer begonnen. Für uns war es ungeheuer wichtig, daß wir erkannt haben, daß multinationale Arbeit nicht nur ein Programm in unseren Köpfen sein darf, wo wir uns bestenfalls etwas für die Ausländer ausdenken, anstatt Initiativen, die von ihnen kommen, aufzugreifen und zu unterstützen. Die Begründung, warum wir multinational arbeiten und unsere Schwierigkeiten dabei, wollen wir in einer der nächsten Nummern eingehend behandeln.



Die Studentenrevolte in Griechenland

Der aktive Widerstand gegen das Militärregime wurde bislang vornehmlich von Intellektuellengruppen und z. T. von Mitgliedern der vor der Errichtung der Militärdiktatur in Griechenland agierenden linken und bürgerlich-liberalen Parteien getragen. Letztere standen mit ihrer individuellen Praxis oft in Widerspruch zu der offiziellen Linie ihrer Parteien, die rein verbal mit „allen Mitteln" gegen die Diktatur kämpfen wollten, es aber stets dabei beließen, die Unmenschlichkeit und die faschistischen Methoden des Regimes vor der Weltöffentlichkeit anzuprangern und die „Wiederherstellung der Demokratie" zu fordern. Das griechische Volk, das in der Tat, trotz sechsjähriger Terrorherrschaft, zu fast über 90 % gegen das Militärregime ist, verhielt sich bisher passiv, mit Ausnahme bestimmter Massendemonstrationen wie z. B. anläßlich der Beisetzung des letzten legitimen, vom Volk gewählten Ministerpräsidenten Georgios Papandreou und des Dichters G. Seferis, die mehr emotionalen Charakter hatten, als daß sie der Ansatz für eine Massenbewegung sein könnten. Lokale, hier und da stattgefundene Streiks, Arbeitsniederlassungen und Bauernaktionen waren geringen Ausmaßes und können als Hinweis auf die eigentlichen Probleme der Massen unter den verschärften Ausbeutungsbedingungen, die ihnen von der Junta auferlegt wurden, und die Richtung, die eine revolutionäre Massenpolitik einzuschlagen hätte, interpretiert werden. Parteien und Widerstandsorganisationen begrüßten diese Aktionen als den Ausdruck der allgemeinen Unzufriedenheit des Volkes, zogen jedoch keine Konsequenzen daraus, was die Orientierung ihrer eigenen Politik betrifft. Alles blieb entweder dem Denken der elitären bewaffneten Avantgarde, die durch ihren Mut dem Volk den Weg des Widerstandes zeigte, verhaftet oder dem traditionellen, reformistischen Verständnis von Politik, die sich darin erschöpft, alle „progressiven, antidiktatorischen Kräfte" auf Organisations- und Parteiebene vereinigen zu wollen. Erst mit dem Ausbruch der Studentenrevolte Anfang dieses Jahres zeigt sich ein qualitativ neues Element im Kampf gegen die Junta und die Herrschaft des Kapitals. Dies gerade nicht nur wegen ihres spontanen Massencharakters, sondern auch der politischen Inhalte und des Widerhalls, den sie bei den arbeitenden Massen in Griechenland hat.

Die Hintergründe der Studentenrevolte

Spätestens seit der Mitte der 60er Jahre war sich das internationale und einheimische Kapital dessen bewußt, daß nur nach einer Zerschlagung der Massenbewegung ein forcierter Akkumulationsprozeß in Griechenland effektiv eingeleitet werden könnte. Der Ausbau der Infrastruktur, der mit dem Marshallplan einsetzte, war im großen und ganzen vollzogen. Es bedurfte der „starken Hand" und der totalen Befriedung im Inneren des Landes, bevor man mit der Umstrukturierung und durchgehenden Kapitalisierung der Wirtschaft begann. Dies geschah in einem Moment als das US- und EWG-Kapital infolge seiner Verwertungsschwierigkeiten auf die Integration der südeuropäischen Peripherieländer in den gesamtkapitalistischen Akkumulationsprozeß angewiesen war. Die Schaffung von neuen kapitalistischen Enklaven sollte der Kontrolle und Sicherung von Absatz- und Rohstoffmärkten im mittel- und nahöstlichen Territorium dienen.

Der griechischen Militärjunta fiel die Aufgabe zu, für eine reibungslose Durchführung des Kapitalisierungsplanes zu sorgen. Diese vom internationalen Kapital ihr zugewiesene Rolle bestimmt auch den Charakter der Junta. Die Propagierung der „greco-christlichen" Ideologie, die ihren Ausdruck in der bekannten Phrase des Obristen-Chefs Papadopoulos fand („Griechenland den christlichen Griechen"), täuscht niemanden über die eigentliche Handlangerfunktion der Junta im Dienste des Kapitals. Im Gegenteil schafft sie jenen Widerspruch zwischen ideologischem Anspruch und politischer Praxis der am stärksten in ihrer Bildungspolitik hervortritt, und den sie mit brutaler Gewalt aufzuheben versucht.

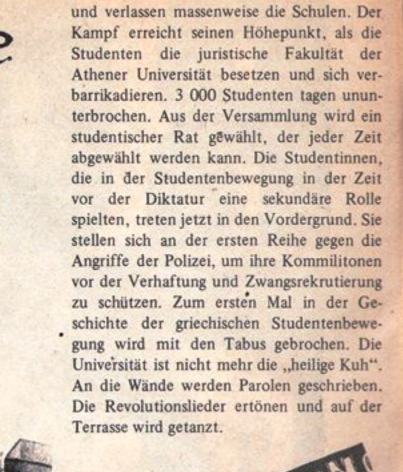
Während sie zur Legitimation ihrer usurpierten Macht auf die „greco-christliche" Ideologie als Erziehungsgrundlage angewiesen ist, drängt das investierende Kapital auf eine technokratisch orientierte Bildungspolitik, denn ohne das notwendige technisch-wissenschaftlich und fachmännisch ausgebildete Potential droht jede Verwirklichung der langfristigen Investitionspläne zu scheitern (allein die Werftindustrie meldet einen Bedarf an technisch ausgebildeten Kräften von 20.000 Personen).

Der Versuch der Junta, sowohl das eine als auch das andere zu sichern, beweist den widersprüchlichen Charakter ihrer Bildungspolitik. Die Technokratisierung der Bildung setzt ein Minimum an Freiheiten im universitären Bereich voraus und die Abkehr vom vermoderten „greco-christlichen" Bildungsideal, was sich die Junta aus machtpolitischen Gründen nicht leisten kann. Sie bemüht sich, den Konflikt pragmatisch zu meistern, indem sie einerseits den ideologischen Anspruch als Sachwalterin der „ewigen greco-christlichen Werte" zu fungieren aufrecht erhält, andererseits Verwaltungs- und polizeiliche Maßnahmen trifft, um den Universitätsbetrieb in den Griff zu bekommen und entsprechend den Anforderungen einer forcierten kapitalistischen Entwicklung zu gestalten. Nachdem die Junta alle studentischen Organisationen verboten hat, griff sie schließlich zum altbewährten Mittel der Gewalt, um auch die letzten Spuren von Autonomie der höheren Bildungsstätten aufzuheben, in der Hoffnung, die Studenten dem Diktat des Staates unterzuordnen.

Dem Verbot und der Illegalisierung des vor der Machtergreifung gewählten „Verbandes Griechischer Studentenschaften" (EFEE) folgte die Bildung eines neuen, der sich aus faschistischen Elementen zusammensetzt. Ferner löste sie die Vorstände der Fakultäten auf und „wählte" unter Terrormaßnahmen neue. Mit der Verabschiedung der Dekrete 180/70 und 93/69 führte sie das Disziplinarverfahren gegen aufsässige Studenten ein und legte die Einstellung von Militärs als „Kommissaren" in allen Fakultäten fest, die für „Ruhe und Ordnung" in den Universitäten zu sorgen haben.

Unsicher über die Erfolgschancen ihrer getroffenen Maßnahmen erarbeitete die Junta Ende vergangenen Jahres den Entwurf für ein neues Hochschulrahmengesetz.





Der Ausbruch der Studentenrevolte

Die Rechnung der Junta ging bei den Studenten nicht auf! Schon im April vorigen Jahres begannen sie gegen die von der Junta bestellten Fakultätsvorstände zu protestieren und die freie Wahl von neuem zu fordern. Viele Studenten reichten bei den Universitätsbehörden Klagen ein und verlangten die Annulierung der von der Junta inszenierten Wahlen. Im Herbst sollten erneut Vorstandwahlen stattfinden. Die dazu einberufenen Vollversammlungen werden zum Schauplatz des ausgebrochenen Kampfes zwischen der Mehrheit der Studenten auf der einen Seite und den bestellten Vorständen samt reaktionärer Professorenschaft und Spitzelapparat auf der anderen. Die Studenten fordern die Wahl der Versammlungsleiter aus der Vollversammlung selbst, während die Reaktion nicht gewillt ist, demokratisch vorzugehen. Am Campus der Universität von Saloniki formieren sich während einer Vollversammlung die Gebirgsjäger (militärische Eliteeinheit LOK) und machen Schießübungen! Den Studenten gelingt es nur in zwei Fakultäten ihre Vertrauensleute durchzubringen. Unter diesen Umständen und dem zunehmenden Terror rufen sie zum Boxkott der Wahlen, die am 20. November stattfinden sollten. Die Mehrheit der Studenten steht geschlossen hinter ihren Forderungen, die weit über den Wahlkonflikt hinausgehen. Sie verlangen die Abschaffung der Dekrete 180/70 und 93/69 und die Säuberung der Universitäten von den Spitzeln des Geheimdienstes. Der Vorlesungsboykott beginnt. Die Architektur- und Bauwesenstudenten der Technischen Hochschule von Athen fordern die Abschaffung der „Charta" und gehen in den Vorlesungsstreik. Die Studenten der Fakultät für Maschinenbau und der Ingenieurschulen fordern in einer gemeinsamen Vollversammlung den koordinierten Kampf gegen die großen Firmen der Maschinenbau-Industrie, die sie als Schräubchen in einem unmenschlichen, entfremdenden Apparat benutzen.

Der Rektor der Technischen Hochschule meldet am 26. Januar die Schließung aller Fakultäten. Die Studenten versammeln sich vor der TH und verlangen die Abschaffung der „Kommissare" und der „Charta". Die Parolen werden klarer und richten sich an das Volk: „Nieder mit dem Faschismus", „Wir sind die Macht". Der Senat der TH reicht am 14. Februar seinen Rücktritt ein. Der Geheimdienst und die Polizei stürmen das Gebäude und schlagen brutal die Studenten zusammen. Elf Studenten werden verhaftet und sollen am 17. des Monats vor Gericht gestellt werden. Am nächsten Tag verabschiedet die Junta das Sonderdekret 1347/73 zur Zwangsrekrutierung von Studenten. Es folgt die Einberufung ins Militär von 37 Studenten, die im Verlauf der Revolte die Zahl der 97 erreichen. Der Konflikt breitet sich auf die Provinzstädte aus. In den Universitäten von Jannena, Patras, Saloniki folgen die Studenten dem Beispiel ihrer Athener Kommilitonen. Die Schüler solidarisieren sich mit den Studenten und verlassen massenweise die Schulen. Der Kampf erreicht seinen Höhepunkt, als die Studenten die juristische Fakultät der Athener Universität besetzen und sich verbarrikadieren. 3 000 Studenten tagen ununterbrochen. Aus der Versammlung wird ein studentischer Rat gewählt, der jeder Zeit abgewählt werden kann. Die Studentinnen, die in der Studentenbewegung in der Zeit vor der Diktatur eine sekundäre Rolle spielten, treten jetzt in den Vordergrund. Sie stellen sich an der ersten Reihe gegen die Angriffe der Polizei, um ihre Kommilitonen vor der Verhaftung und Zwangsrekrutierung zu schützen. Zum ersten Mal in der Geschichte der griechischen Studentenbewegung wird mit den Tabus gebrochen. Die Universität ist nicht mehr die „heilige Kuh". An die Wände werden Parolen geschrieben. Die Revolutionslieder ertönen und auf der Terrasse wird getanzt.

30 Stunden lang halten sie die juristische Fakultät besetzt. Am nächsten Tag greifen die Kommandos der Polizei an. Um 6 Uhr abends am 22. Februar formiert sich ein Demonstrationszug von 15 000 Menschen, der durch die Athener Innenstadt marschiert. Die Studenten fordern das Volk zum Kampf auf: „Volk sei solidarisch", „Volk Du bist der Herrscher", „Volk, Du kanst"! Tausende von Athenern schließen sich den Studenten an. Die Demonstranten kämpfen entschlossen gegen den Geheimdienst und die Polizei. Am nächsten Tag verbreitet sich die Nachricht vom Tod zweier Kommilitonen. Die Studentin Maria Vassilopoulou und der Student M. Gratzias sind während der Straßenschlacht ermordet worden. Die Polizei läßt die Leichen verbergen und verbietet den Angehörigen der Gefallenen, ihre toten Kinder zu besuchen. Die Junta verhängt eine totale Nachrichtensperre und droht den Studenten mit härteren Maßnahmen. Die Studenten haben insgesamt fünf tote Kommilitonen zu beweinen. Unter dem Druck des Gewaltapparates lenken sie zu einem Kompromiß ein. Der Universitätssenat sollte mit der Junta ins Gespräch kommen und einen Kompromiß aushandeln, der den Studenten mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung der „Charta" einräumen würde. Der Widerstand der Studenten war vorübergehend gebrochen. Sie sahen sich gezwungen, ihre Taktik zu ändern und verlagern ihre Aktivität in die Illegalität. Die Junta holte zu einem Gegenschlag aus. Sie verhaftete die Anwälte, die den verurteilten 11 Studenten im Prozeß beistanden, entließ alle Professoren, die sich mit den Studenten solidarisieren, und sperrte den Professor der TH Athanassiadis im Keller der Militärpolizei (ESA) ein. Die Militanten unter den Studenten werden verhaftet und gefoltert. Die zwangsrekrutierten Studenten werden seelischen Foltern ausgesetzt und ihnen wird verboten, ihren Prüfungen nachzugehen. Wie es immer der Fall bei spontanen Massenerhebungen ist, folgt der Erhebung eine Zeit des weißen Terrors, wenn es der Bewegung nicht gelingt, sich zu konsolidieren. Das mindert jedoch keinesfalls die Bedeutung der Studentenrevolte für die Zukunft der revolutionären Bewegung in Griechenland.



Fortsetzung S.12

ROCKER





Rocker ist heute der Begriff für Jugendliche, die die Arbeit Scheiße finden und das Leben in einer Gruppe bevorzugen. Meistens hat man Leder an, aber auch nicht alle. Die mit den schweren Öfen, sind nur die Spitze der Rocker. Sie sind fest organisiert, aber auch nicht alle. Zwar gehören die „bloody devels" nun zu den ‚hells angels' und sollen auf diese Weise zu einer 22 000 Mann-Organisation gehören. Aber viel größer ist allein die Zahl der Rocker in Norddeutschland. Sie sind Teil der Arbeiterklasse und zwar ist es der Teil, der sich am wenigsten an die Kette legen läßt. Der darauf scheißt, sich für lange Betriebszugehörigkeit mit Prämien ficken zu lassen. Wenn dem Rocker die Arbeit stinkt, haut er in' Sack. Das ist die Freiheit, die er unbedingt in Anspruch nimmt. Er hat keine Lust, die Arbeit – immer die gleiche – jahrein jahraus zu machen, dafür ist ihm das Leben zu wichtig.

Leben hat unbedingt Vorrang.

Wer heute aber dem Leben Vorrang gibt, gilt als asozial, faul und arbeitsscheu. Von Eltern, Chefs, Lehrern und Vorarbeitern wird man verhetzt, daß man fast schon selbst verrückt wird, und den Chefs die Scheiße nachredet. In Wirklichkeit aber wird man nur verhetzt, weil es Widerstand gegen die Gesellschaft ist, wenn man gegen die Arbeit ist. Wer dem Leben Vorrang gibt, wird zum Widerstandskämpfer gegen die „Leistungsgesellschaft" – auf Deutsch: Kapitalismus; denn der Kapitalist macht seinen Profit dadurch, daß er aus dem einzelnen soviel wie nur irgend möglich herausholt, sei's mit Prämien, Linkereien, Betrug und einfach durch die Not.

Rocker machen da nicht mit, wir lassen uns nicht gängeln. Die meisten lehnen es ab, sich überhaupt „beruflich" zu qualifizieren. Sie sind die Massenarbeiter. Wozu sich drei bis vier Jahre als Lehrling mit Hungerlöhnen „ausbilden" lassen, wenn 85 % (amtliche Zahl) aller Lehrlinge am Ende doch nicht in ihrem Beruf arbeiten. Das ist es nicht wert, erstens macht man sich die ganze Lehrzeit von Zuhause abhängig und zweitens muß man im Betrieb durch Bravheit glänzen, wenn man überhaupt das Ziel erreichen will. Das einzige, was bei diesem Weg wirklich herauskommen soll, ist, daß man diszipliniert wird, für die Chefs gefügig und mit einer korrupten Radfahrermentalität sein Leben dem System opfert.

Wer das nicht macht, ist den Kapitalisten ein Dorn im Auge. Für sie sind die Rocker längst Aufsässige, die sich durch die üblichen Methoden nicht täuschen oder kaufen lassen. Bei den Rockern versagen die Gewerkschaft, die Sozialarbeiter und die Kirchen. Rocker lassen sich nicht einwickeln, deshalb hat das System ihnen den Kampf angesagt. Die Hälfte aller Rocker sitzt ständig im Knast.

Die Polizei geht gegen sie nicht einzeln und zufällig vor, sondern gezielt und systematisch, wie das mit einem Dokument zu beweisen ist, das 1968 bei der Besetzung des Hochhauses der Universität in Hamburg erbeutet wurde. Daraus geht hervor, daß das, was bei der Springerpresse als wilde willkürliche Hetzerei hochkommt, Teil einer von der Jugendschutztruppe der Schutzpolizei, Jugenddienststelle des Kriminalamts und der Abteilung Jugendschutz der Jugendbehörde ausgetüftelten Langzeitstrategie ist.

1965/66 fing die Polizei an, systematisch vorzugehen. Dazu müssen wir uns kurz die Geschichte der Rockerbewegung klarmachen. Zwar gibt es bisher nirgendwo eine Geschichtsschreibung dieses aufsässigen Flügels der westdeutschen jungen Arbeiterklasse, aber dennoch läßt sich hier feststellen, daß die Rocker eine Kampfgeschichte haben, zu der die härtesten Straßenkämpfe der Nachkriegszeit gehören.

Es begann mit dem Übergang von den fünfziger zu den sechziger Jahren. Bill Haley, die Rolling Stones und die Beatles waren Anlaß, erst die Musikpaläste, und dann auf den Straßen alles kurz und klein zu schlagen. Die Bullen waren meist schon zu Beginn dieser Konzerte mit einer ganzen Armee in Kampfbereitschaft, was zwischen 1965 und 1966 mehrfach zu wilden Straßenschlachten zwischen der Rockjugend und der Polizei führte.

Die Bands waren die ersten, die die Wut auf die Scheißarbeit und die Trostlosigkeit in den Quartieren ausdrücken konnten. Sie erinnerten einen daran, welche Kraft man besitzt, sie verschaukelten einen nicht mit süßem Liebe-Triebe-Singsang, sondern gaben uns knallhart den Mut und die Stärke, unsere Bedürfnisse auszudrücken. Zwar wollten die Unterhaltungskapitalisten mit diesen Konzerten den großen Reibach machen, aber die Rocker ließen sich ihre Wut nicht mitabkaufen, sondern schleuderten sie danach den Bullen in die Fresse.

Das machte die Kapitalisten und ihre Handlanger nervös, denn sie sahen keinen Weg, die Rocker unter Kontrolle zu kriegen. Deshalb mußten erstmal umfangreiche Untersuchungen angestellt werden: Wer sind die Rocker? Aus was für Familien kommen sie? Wo arbeiten sie? Wie arbeiten sie? Wo und wie sind sie organisiert usw.

Auf zwei Arten ging man vor: Zum einen wurden Sozialarbeiter ausgebildet, die in der Lage waren, sich mit den Rockern verstehen zu können. Den Leuten der Jugendschutztruppe war es nämlich nicht möglich gewesen, den Kontakt herzustellen. Die andere Methode, über die man die Untersuchung leitete, war, Rocker im großen Stil bei Straßenaktionen einzukassieren. Auf diese Weise stellte man dann alles das fest, was wir schon wissen: es sind die Lehrlinge und jungen Massenarbeiter. Sie finden die Arbeit Scheiße. Sie haben zu 80 % ein „zerrüttetes" Zuhause und kommen aus den ödesten Arbeitervierteln und den Neubaughettos.

Die Bullen zogen damals – Sommer 1968 – den Schluß daraus: Unruhe machen die jungen Arbeiter auf jeden Fall, denen darf auf keinen Fall Pardon gegeben werden wie vielleicht den Studenten, die Rocker müssen mit allen Mitteln zur Disziplin gebracht werden. Für die Rocker heißt das nur Knast. Also ging man dazu über, Rocker für ein paarmal Schwarzfahren mit 21 Monaten zu bestrafen. Für einen kleinen Ladendiebstahl gab es sechs Monate. 1971 wurden 60 Rocker zu durchschnittlich fünf Jahren verknackt, hauptsächlich wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt" und „Landfriedensbruch". Solche Urteile, wie sie gegen die Rocker ständig gefällt werden, bedürfen der entsprechenden Hetze. Strafen, die so auffällig über dem „üblichen" Maß liegen, müssen die Kapitalisten und ihre Handlanger durch Panikmache rechtfertigen. Zu diesem Zweck startet Springer alle paar Monate wieder seine große Schmierhetze, bis das nötige Klima wieder hergestellt ist.

Sobald mit der ersten Welle den Rockern ein Hauptteil ihrer Leute genommen ist und mit der Hetze und Spitzeln erreicht wurde, daß sie sich spalten und streiten, bereitet man wieder einen Integrierungsversuch vor. So war es jedenfalls in den letzten Jahren und so steht es auch in diesem Dokument: da machen die Kirchen wieder ihre Jugendarbeit auf, den Rockern werden Räume gegeben. Auf diese Weise soll kontrolliert werden, wie der „Nachwuchs" sich organisiert, wie die Gruppen sich verschieben, wo die nächsten Aufsässigen sich sammeln. Dazu werden alle Orte, wo Rocker sich hauptsächlich aufhalten, von der PoPo unter Beobachtung gehalten und immer wieder Razzien im großen Stil durchgeführt. Glauben die Handlanger von der Jugendbehörde und wer sich noch alles darum sorgt, daß die Rocker wieder zu stark geworden sind, dann braust die Hetze wieder auf und es darf wieder verknackt werden. Das heißt, vorher erstmal kräftig zuschlagen.

Das ist die Methode, mit der die Gefängnisse voll gemacht werden und die Gruppenzusammenhänge der Rocker zerstört werden. Fast ein jeder Rocker hat seine besten Freunde im Knast. Und für alle Rocker bedeutet das, daß sie sich in einem täglichen Kleinkrieg mit den Bullen befinden. Das macht klar, warum sie auf Teufel komm raus versuchen, ihre Gruppen zusammenzuhalten. Und das macht verständlich, warum sie für die, die ihre Gruppen verpfeifen oder sich sonstwie kaufen lassen, harte Strafen haben.

Für die herrschende Klasse droht seit 1968 das hochzukommen, wovor sie schon immer die größte Angst hatte: Proletarier und Intellektuelle vereinigen sich in einem Kampf. Es begann 1968 nach dem Attentat auf Rudi Dutschke. Die Studenten wurden militant wie nie zuvor, das sahen auch die Rocker. Für sie waren die Aktionen gegen Springer eine klare Sache, denn sie selbst hatten schon oft genug erfahren müssen, wie dieses Schwein hetzt. (Außerdem war auch Rudi Dutschke ein Typ für sie gewesen, der kein Exi mehr war, wie es vorher alle Studenten gewesen sind) Je konsequenter und härter die Studentenbewegung wurde, um so mehr wurde sie von den Rockern geachtet. Rocker und STudenten lernten sich mehr und mehr kennen. 1969 lieferten sie am Tegeler Weg den Bullen eine Schlacht, wie es sie in Westberlin noch nicht gegeben hatte. Es ging um die Unterstützung der politischen Gefangenen, insbesondere um den Prozeß mit Horst Mahler.

Danach gab es keine massenhaften Straßenkämpfe mehr in Westdeutschland bis jetzt, wo in Frankfurt der Kampf um freie Häuser auf der Straße ausgetragen wurde. Zum Erschrecken der Herrschenden war es keine studentische Aktion. Plötzlich mußten sie erkennen, daß Jungarbeiter, Lehrlinge, Schüler zusammen mit Studenten den Kampf führten. Zu ihrem größten Entsetzen waren es die militanten Arbeiter und Lehrlinge, nämlich die Rocker. Aus zwei Gruppen, den Studenten und Rockern wurde eine, für die Springer nun auch gleich den Namen parat hatte, die

Politrocker.

Damit will Springer die Rocker und Studenten von der Bevölkerung spalten. Springer aber ist nicht das Volk, auch wenn viele das noch verwechseln. Als Springer bei der Hausbesetzung in Hamburg wieder mit der großen Hetze gegen die Politrocker aufzog, sie mit Mort und „internationalen Terroristen" in Verbindung brachte und sie sogar als solche ausgab, konnte sich jeder davon überzeugen, welcher Unterschied zwischen Springers Meinung und der Meinung der Leute besteht, wenn er sich den riesigen Berg Spenden aus der Bevölkerung im besetzten Haus ansehen ging.

Warum wird der Kampf der Rocker immer politischer? Die Kapitalisten sind gezwungen, die Antreiberei in der Fabrik zu verstärken, um ihre Profite zu sichern. Das bedeutet, die Arbeit wird noch stumpfsinniger und die Pausen werden noch kürzer. Genau das, was Arbeiter und vor allem Rocker überhaupt nicht abkönnen. Das hat nichts mit Faulheit zu tun, sondern mit dem Instinkt für das Überleben. Bisher führten die Rocker ihren Kampf am Arbeitsplatz vereinzelt. Es kommt selten vor, daß sich über die Kolonnen oder gar Abteilungen hinaus für Aktionen gegen die Kapitalisten abspre-

chen oder auch nur bereden. So machen sie eben in „Betriebskriminalität", wie die Kapitalisten sagen, d. h. man nimmt immer wieder mal was mit, was sich gut verscheuern läßt, um den Lohn ein bißchen aufzustocken. Oder der Meister kriegt eine in die Schnauze, wenn die Anmacherei zu viel wird oder die Stechuhr und andere Instrumente, die die Arbeit zu ewig kontrollierten gleichförmigen Affenarbeit machen, gehn in Arsch. So und mit Gemotze wehrt sich der Rocker meistens gegen die Scheißarbeit. Für den Gewerkschaftskram und sonstigen Reformistenscheiß haben sie keinen Bock, das steht in gar keinem Verhältnis zu der Wut, die man auf die Arbeit hat. Sie haben schon längst gemerkt, daß sie mit ihrer Haltung zur Arbeit von der Gewerkschaft und dem Betriebsrat oder anderen Arbeiterorganisationen kaltgestellt werden, wie der Kapitalist sich das wünscht.

Fabrikarbeit ist Zuchthausarbeit, da gibt's nichts zu reformieren!

Bis heute bleibt es noch meistens bei Einzelaktionen, denn man wechsel die Arbeitsstelle zu oft und landet zum größten Teil in kleinen Betrieben, wo sich größere Gruppen erst gar nicht bilden können. Die Rocker lassen ihre Wut und Aufsässigkeit nach der Arbeit herauskommen, in den Wohnbezirken, wo man in Gruppen vorgehen kann.

Im Wohnbezirk sind die Verhältnisse im Grund auch nicht anders. Wut ist genauso im Spiel und die Bedürfnisse können ebensowenig herauskommen. Zuhause ist der Terror los, denn die Eltern erleben das gleiche und sind daher genauso geladen wie ihre Kinder, dazu aber noch in eine Wohnung eingesperrt, die hinten und vorn für alle zu klein ist. Das, was sich die Herrschenden vorstellen – daß die Eltern ihren Kindern hier die nötige Disziplin beibringen, die Schule und später die Kaserne noch ihren Teil dazutun, damit der Junge gut funktioniert, arbeitet und keine Schwierigkeiten macht –, das hat bei diesen Verhältnissen gar nicht mehr geklappt.

Die Trostlosigkeit ist einfach zu groß und das Ghetto-Dasein zu offensichtlich. Es gibt in den Trabantenstädten nichts mehr, was irgend einen sozialen Anschein hat, alles, was man unternimmt, ob Billard, Ausflüge, Schwof oder sonst was, ist mit Geld verbunden, alles wird danach bestimmt, wer kann zahlen, wer nicht. Rocker können nicht zahlen, denn nur durch Unterwerfung kommt man an mehr Geld heran. Mit Geld wird jeder vom andern getrennt. Der größte Teil des Kampfs, den Rocker führen, richtet sich genau dagegen. Sie wollen sich nicht spalten lassen, sie wollen ihre Bedürfnisse zusammen befriedigen, also muß man sich auf andere Art Eintritt in Kneipen verschaffen, wenn man eine Party machen möchte, müssen die Sachen aus irgendwelchen Geschäften organisiert werden – und da dies alles unmittelbar gegen das System geht, haben die jungen Massenarbeiter auf Schritt und Tritt mit den Bullen, die für die Verteidigung des Systems bezahlt werden, zu tun. Rocker mögen noch so sehr ihre wirklichen Bedürfnisse auf einer Ersatzebene ausdrücken, durch Lederkleidung, Schmuck, Prügeleien untereinander und so weiter, es bleibt kaum einem erspart, doch noch außerhalb der „Legalität" zu geraten und in den Knast abzuwandern.

Alles was als sinnlose Gewalttätigkeit über die Rocker gehetzt wird, läßt sich – wenn die Geschichten in den Zeitungen nicht sowieso erfundene Schauermärchen sind – darauf zurückführen, daß die Rocker die Gruppe und die Solidarität in der Gruppe allen Mächten des Systems entgegen aufrechterhalten wollen. Die Rocker sind den Kapitalisten, den Bullen und der Presse so unheimlich, weil sie sich für einander in Stücke reißen lassen. Alle für jeden, jeder für alle, dafür schließen sie sich in Wohnbezirksgruppen zusammen. Für viele sind Rocker der Mob, Randgruppen, für den Kampf der Arbeiterklasse zu unbedeutend. Das sagen die Kleinbürger, die Exis, die noch nie der Kampfstärke des Proletariats vertrau[t] haben . . .

Die Tatsache ist: Rockergruppen, in denen auch die Mädchen entgegen allen Lügen eine Menge zu sagen haben, sind die einzigen Selbstorganisationen des deutschen Proletariats.

Proletarische Front

Buchladenkollektiv
sucht ab sofort undogmatische(n)
Genossen(in)
für verbindliche Mitarbeit
für mindestens ein Jahr im Kollektiv. Näheres über Buchladen Roter Stern, 355 Marburg, Am Grün 28.

Rocker, Schläger und Verschwörer



Ein Gespenst geht um in Westdeutschland – das Gespenst der Politrocker. Die deutsche Publizistik von Löwenthal bis Casdorff, von Peter Boenisch bis Rundschau-Holzer läßt bei keiner Gelegenheit einen Zweifel, daß die militanten Auseinandersetzungen in der BRD das Werk einer kleinen herumreisenden Truppe von Gewalttätern seien. Für Rudi Arndt besteht die Vermutung, sie seien im Ausland geschult worden und versteht man die Bemerkung des Amtsjuristen Voigt (Ffm) von den Dubliner Zuständen richtig, weiß man a[uch] schon wo. Bullenchef Müller dagegen [mei]nt, der feste Standort der ominösen Reisekader sei das Georg-von-Rauch-Haus in Berlin, während der Kameraschwenk durch den Heizungskeller die Journalisten der Horrorserie „Monitor" direk[t in] die Parteizentrale der KPD in Dortmund führte. Der Stern schließlich weiß zu berichten, daß der Verfassungsschutz den „kleinen anarchistischen, in der Bundesrepublik herumreisenden Schlägerhaufen für den militanten Kern der Neuen Linken" hält. Am konkretesten sagt es „Konkret": „Ein paar Wilde, die sich Kommunisten nennen, ziehen durchs Land. Schmeißen in Bonn Möbel und in Frankfurt Polizisten kaputt. Zu Ostern kamen sie nach Hamburg. Aber nicht einmal die Polizei fiel auf sie herein."

Nach der RAF-Hysterie in der Öffentlichkeit kommen die neuen Verschwörer gerade richtig in einer Situation, in der sich – wie im Frankfurter Häuserkampf – breite Solidarisierungen in der Bevölkerung auch mit militanten Kämpfen abzeichnen. Zum zweiten dient die fiktive Politrockertruppe dazu, Desolidarisierung in der Linken herbeizuführen. Lothar Vetter kommentierte in der Frankfurter Rundschau vom 9. April 1973 in schlichter Onkelhaftigkeit: „Der AStA wäre besser beraten, in der Wahl seiner Worte und Formulierungen vorsichtiger zu sein. Zu hören, was die wennigen Besonnenen unter den Studenten beschwörend sagten: 'Wir müssen uns endlich von den Scharfmachern distanzieren'."

Die Politrockerfabel ist nichts anderes als die Fortsetzung der Rädelsführertheorie aus der Studentenbewegung. Konnte man damals der bürgerlichen Öffentlichkeit und der Polizei noch unterstellen, daß es schlicht über die Grenzen ihres Horizonts ging, sich unte[r] einer Demonstration etwas anderes vo[rzus]tellen als die Umkehrung eines Generalstabseinsatzes der Polizei, so steckt hinter der neuen Theorie sicher gezielte Politik, wie weit von all den Geistesschaff[enden], die den Polizeibericht abtippen, [unb]ewußt wird, ist eine andere Frage. Die Polizei jedenfalls befleißigt sich, die Produktion von Politrockern selbständig durchzuführen. Wie, ist in WWA Nr. 3 beschrieben: „Zwei Bullen stehen in einem Toreingang und holen ihre Knarren heraus. Ein Ziviler geht mit einem Photoapparat so nahe an einige Genossen heran, daß er sie fast anrempelt. Er photographiert, die Genossen wollen nicht Modell stehen für die Photosammlung des Polizeipräsidenten. Sie gehen auf den Zivilbullen los. Die anderen Bullen kommen mit gezogener Knarre aus ihrem Hauseingang, bedrohen die Genossen und nehmen einige fest. Um die Ecke wartet schon eine Gruppe von ungefähr zehn Uniformierten mit Wagen, um die Genossen abzutransportieren, die in diese Falle liefen." In einem Interview des Hessischen Rundfunks (vollständig abgedruckt in der Dokumentation des AStAs und Häuserrats Ffm) stellt sich Polizeichef Müller denn auch hinter das Verfahren.

Peters (HR), der zuerst einen ähnlichen Fall, wie den oben dargestellten, aus eigener Kenntnis dargestellt hat: „Meine Frage zielt doch darauf ab: Zivile Polizeibeamte in Gruppen nehmen sich irgendjemand vor, den sie bei einer Straftat beobachtet haben. Verfolgen ihn über eine Strecke Weges und nehmen ihn dann zu einem Zeitpunkt fest, der beinahe zwangsläufig zu den eben in Aufsatzform geschilderten Ereignissen führen muß. Daß da also Demonstranten, Genossen usw. glauben, helfen zu müssen, z. T. nicht wissen, daß das Polizeibeamte sind, die da in Zivil eben auf jemanden, sagen wir auf jemanden losgehen. Daß man sie genausogut verwechseln kann mit irgendwelchen Schlägertrupps, das gibt es bei Demonstrationen. Wo also liegt hier die Grenze des polizeilichen Einsatzes?"

Müller: „. . . Beamte von uns, die in Zivilanzug eingesetzt sind, beobachten derartige strafbare Handlungen, sobald man sie erkannt hat, greift man sie an, mehrere Beamte von uns sind schwer mißhandelt worden. *Wir müssen also Zivilbeamte für diese Aufgaben einsetzen.*"

Traurig ist es allerdings, daß die KPD die ihr von der Presse zugedachte Rolle nur allzu bereitwillig übernimmt. In ihrem Monitor-'Interview', daß mit seinen einprägsamen Untertiteln ein ganz neues Gefühl der Sorgfaltspflicht des bürgerlichen Journalismus vermitteln half, erklärten sie munter, natürlich sei das alles zentral gelenkt und kündigten für demnächst noch Schrecklicheres an, so als hinge es allein von ihnen ab.

Es geht in Zusammenhang mit der Politrockerhysterie und dem faktischen Verbot der KPD sicher ganz und gar nicht darum, sich von den Genossen der KPD zu distanzieren. Die Bonner Rathausbesetzung zeigt schließlich, daß friedliche Massenhaftigkeit und disziplinierte Blocks nicht die Grenze ihrer Politik sind. Wenn sie sich aber als die Zentrallenker der Militanz aufspielen, verfallen sie nur dem Gestus, den ein zeitgenössischer chinesischer Dichter und Philosoph mit dem schönen Sprichwort gekennzeichnet hat: „Solang einer Mönch ist, läutet er die Glocke."

Die Politrocker jedenfalls sind weiter auf Reisen. In Madrid haben sie einen Polizisten erstochen, in Mexiko sich ein Gefecht mit der Polizei geliefert, in Nürnberg haben sie ein Mauerdenkmal angerissen, in Frankfurt haben sie Rudi Arndt mit Eiern beworfen, in Kambodscha schließlich haben sie eine ganze Hauptstadt umzingelt und es scheint, als wollten sie sich erst zur Ruhe setzen, wenn niemand mehr daran zweifelt, daß dem Chaos die Zukunft gehört. Schlechte Aussichten für's Abendland.

Neu an der ganzen Fabel ist, daß heute von Rockern die Rede ist, von Gruppen also, die in den 50er und 60er Jahren die Subkultur proletarischer Jugendlicher darstellten. Nicht länger kann die bürgerliche Öffentlichkeit an der Tatsache vorbei, daß die Bewegung heute zu einem Teil von proletarischen Jugendlichen getragen wird. Da sie weit davon entfernt ist, das offen zuzugeben, versteckt sie ihre Erkenntnis hinter dem Gezeter über das, was angeblich Arbeiter von Studenten immer abgeschreckt haben soll, die Gewalt.

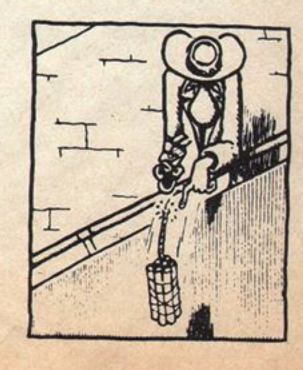
RK Ffm







POLITROCKER RUDI, ANFÜHRER DER BEWAFFNETEN ZUGEREISTEN SCHLÄGER AUS WIESBADEN UND HANAU.





FOLTER IM KNAST

3 Briefe

1.5.1973

R., du mußt mir unbedingt helfen, wenn du kannst.

Laß es dir mal erzählen, warum es wirklich wichtig ist, denn es geht ganz konkret um mein Leben, um unser Leben.

Am Samstag, den 28.4., haben mich die Bullen total fertig gemacht; ich ticke das heute erst so richtig, wie das abgelaufen ist, weil am Samstag alles überstürzt hat. Sie haben mich und noch 4 andere fertig gemacht, und andere so n'bißchen, mit Strafen, Drohungen, also da die Methode angewandt, die sie dauernd und tagaus tagein anwenden, um die Leute klein zu halten und daß sie kein Widerstand mehr leisten, sie langsam aber sicher fertig machen.

Bei uns, die man uns politisch nennt, zieht das nicht. Deswegen wird bei uns brutale nackte Gewalt angewendet. Also Samstag: Am Samstagvormittag hatten sie I., V. und K. schon zusammengeschlagen, Spritze verpaßt, I. in Bunker geschleift, weil ihre Zelle demoliert war. Kurz die äußeren Abläufe:

I. ist das passiert, was man hier „durchdrehen" nennt. H. M. ist in Knast eingeliefert worden. Sie sollte mit I. in die Freistunde gehen. I. sagte zu ihr, daß sie nicht mit ihr in der Freistunde rumlaufen könne, sie müßte ihr vielleicht eins in die Fresse geben, aber das könne sie nicht, sie solle auf Zelle bleiben, in ner andern Freistunde aufm Hof tappen, sie könne das nicht ertragen, daß sie durch Aussage andere Leute in Knast gebracht hat. K.?, M., G., ach weiß ich wen, blicke da nicht richtig durch, glaub noch R. S., U. F., Ch.

I. war erregt, ihr ging das an die Nieren. Nun hat sie eh n'bißchen Kreislaufstörungen. Doch, alles haarklein kann ich nicht erzählen, das füllt Seiten. Jedenfalls bekam sie echte Kreislaufstörungen, ihr wurde schwarz vor Augen, sie wollte ärztliche Hilfe haben. Hilfe, Hilfe wollte sie haben. Die Krankenschwester, Schließerin kam, gesagt Theater, Knastmacke. Kriegt nix. Sie soll die Fresse halten, sie könnten nix machen. I. „drehte durch". Ich hatte zu der Zeit zufällig Anwaltssprechstunde, und weil ihre Zelle gegenüber dem Sprechzimmer ist, dessen Fenster verriegelt sind, konnte ich sie ohnmächtig hilflos schluchzen hören und Geschirr aus'm Fenster schmeißen hören. Es war grauenhaft, das zu hören. Gut, als alles kaputt war, hatte sie sich „beruhigt". Ne Viertelstunde rückte das Bullenkommando an, als alles schon wieder ruhig war, rückte bei I. in der Zelle ein, machten sie fertig, schleiften sie in den Bunker. K. und V. trommelten an die Türen. Dann kamen die Bullen zu K., machten sie fertig, verpaßten ihr 'ne Spritze, dann gingen die Bullen zu V., machten sie fertig. Ich hockte am Fenster, hörte Gebumse, Schreie, es war entsetzlich. Ich wußte echt nicht, was tun, es war alles entsetzlich.

Ich bin Strafgefangene, noch, bis 13. Mai. K. andrer Vollzug, andres Stockwerk. Wir haben Samstags Ausschluß. Von 1/2 3 bis 1/2 8. Sie kamen vorher zu mir, Anstaltsleitung mit Bullen, die blanke Drohung, die blanke Provokation, wenn ich mich anständig benehme, könne ich raus, sonst würden sie mich nicht ausschließen. Ich wußte überhaupt nicht richtig, was ich reden solle, weil alles so irre war. Am liebsten hätte ich Hilfe, Hilfe geschrien. Hab irgendwelches blödsinniges Zeug gefaselt. Jedenfalls ham sie mich ausgeschlossen. Sonst war Samstag und Sonntag die Tür zu, Stockwerk IV offen, weil das auch Strafer sind, Langstrafer, auf ST. IV. Heute war die Tür zu und bei uns auf Station waren 4 Bullen und die Schließerin.

Ich habe versucht, mit Strafern zu reden, aber die sind alle schon fertig. Vom Knast, von Pillen, von Drohungen, einfach fertig mit der Welt. Verblödet vorm Fernseher. Kein menschliches Wort, geschweige denn ne Spur von Verständnis oder gar Widerstand.

Ich hab dann entsetzlich an der Tür gerüttelt, die zu St. 4 geht. Dann kamen die Bullen, die Schließerin, ich sollte ab in die Zelle. Ich hab mich gewehrt, weil „Freizeit" war, ich wollte nicht auf Zelle, nicht freiwillig. Na ja, dann kam die offene Gewalt. Permanent ist sie jeden Tag, im Schlüssel, in der Drohung, in der Strafe, im Entzug. Und jetzt offen brutal. Und die Bullen knüppeln nicht mehr. Dann würde man ja blaue Flecke sehen. Nein, sie zerren dir die Knochen aus dem Leib. Zu viert waren sie über mir. Anziehhandschellen, bei jeder kleinsten Bewegung, die du machst, werden sie noch enger angezogen, du hast das Gefühl, sie reißen dir alles aus. Greifen in die Haare, Kopf nach hinten, du denkst, das Genick bricht, alles irre. Die andern in Fernsehraum getrieben wie dumme Schafe, mich übern Flur geschleift, aber wie, wirklich die Glieder aus dem Leib gezerrt. Auf die Matratze geschmissen, Bullen auf mir drauf gekniet, Beine, Arme, alles völlig verrenkt. Hose runtergezogen, Spritze in Arsch gejagt, und 10 Minuten auf mir drauf geblieben, bis die Spritze gewirkt hat, wenn ich 1 Ton gesagt hab, Kissen auf die Schnauze, wäre fast erstickt. Zelle ausgeräumt, dann sind sie gegangen.

Ich lag fix und fertig da. Ne Vergewaltigung ist bestimmt ein Dreck dagegen. Und das, was die gemacht haben, das ist in diesem Staat legal. Wird dauernd gemacht mit solchen, die noch 'n bißchen die Fresse aufmachen, die noch n'bißchen Widerstand in den Muskeln haben.

Ich hab mich nach ner WEile mit Müh und Not hochgerappelt. Handgelenke, Fußgelenke alles geschwollen. Ich dachte, die hätten Valium gespritzt. Ich weiß ja nicht, wie das wirkt. Aber heute glaub ich, die ham Morphium oder weiß der Geier, irgend so ein neues psychopharmazeutisches Mittel gespritzt. Jedenfalls hatte ich am Samstag und auch am Sonntag kaum Schmerzen, sondern hab mich eher hepp und high gefühlt. Aber gestern gings los. Und heute ist es fast unerträglich. Der Körper ist innerlich total zerschlagen, alles tut weh, kann kaum fressen, nach 2 Bissen denk ich, ich muß kotzen.

Gestern war meine Anwältin da, die Referendarin vom H. Sie sieht zu, was man machen kann. Ich konnte ihr kaum zusammenhängend berichten, weil ich die ganzen

AUFRUF!

Wir erheben gegen das Strafjustizsystem der BRD den Vorwurf der Folter.

Gefoltert werden Menschen, die in Gefängnissen sitzen. Untersuchungshaft soll nach der Strafprozeßordnung nur zum Zweck dienen, eine Flucht des Verdächtigen und eine Verdunkelung des Sachverhalts zu verhindern. Der Vollzug der Untersuchungshaft in der BRD geht weit über das hinaus, was zu diesem Zweck notwendig ist.

Unter Folter verstehen wir: totale Isolation innerhalb der Gefängnisse über Monate und Jahre — Verbot der Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen — Sonderhof — psychiatrische Zwangsbehandlung. Die totale Isolation wird vervollständigt durch Postverbote und Besuchsverbote (ausgenommen Verwandte), politische Zensur von Zeitungen und von Bücherbezug. Maßnahmen dieser Art sind geeignet, Häftlinge zu zermürben und zu zerstören.

Diese Untersuchungshaftpraxis gegen Menschen, die nach rechtsstaatlicher Ideologie bis zu ihrer rechtskräftigen Verurteilung als unschuldig gelten (Art. 6 Menschenrechtskonvention) widerspricht den elementarsten Menschenrechten und entlarvt den terroristischen Charakter des Strafrechtssystems. In einer nach demokratischen Grundsätzen funktionierenden Öffentlichkeit hätte sich schon längst Widerspruch erheben müssen. Die Sonderbehandlung politischer Gefangener hat in letzter Zeit aber ein solches Maß an Terror erreicht, daß alle, die wissen, was in deutschen Gefängnissen geschieht, nicht länger schweigen können, ohne mitschuldig zu werden.

Diese Behandlung politischer Gefangener ist mit dem Vorliegen von Mißständen in den Gefängnissen nicht mehr erklärbar.

Die Konsequenz der Isolierungsmaßnahmen gegenüber politischen Gefangenen wird in einem Beschluß des Bundesgerichtshofs vom April 1973 sichtbar, wonach mehreren politischen Häftlingen nach lang anhaltender totaler Isolation für den Gefangenenhofgang eine Begleitperson zugeordnet wird, die der Leiter der Vollzugsanstalt auswählt. Dieser Beschluß wurde von anderen Gerichten übernommen. Dieser Beschluß ist geeignet, Belastungszeugen, die fehlen, zu produzieren. Er führt zugleich dazu, einen besonderen Status des politischen Gefangenen mit reduzierten Rechten und besonderer politischer Behandlung **auf Dauer** einzurichten.

Auch Straf- und Untersuchungsgefangene, die ursprünglich nicht als politische Häftlinge inhaftiert wurden, die Gefangenschaft jedoch als Unterdrückungsmittel politisch begreifen gelernt haben, werden als politische Häftlinge der gleichen Isolationsfolter ausgesetzt wie die politischen Gefangenen. Die Isolationsfolter wird auch zur Disziplinierung eingesetzt gegen jeden, der im Gefängnis gegen die fortdauernden Mißstände Widerstand leistet.

Die von dieser unmenschlichen Haftpraxis Betroffenen können nicht selbst an die Öffentlichkeit appellieren. Sie sind in ihren Zellen vereinzelt und von der Öffentlichkeit abgeschirmt. Ihnen steht nur das Mittel des Hungerstreiks zur Verfügung.

Wir wollen daher aufgrund unserer konkreten Sachkenntnis die Öffentlichkeit aufklären über die rechtsstaatswidrige Praxis des Haftvollzugs in den Gefängnissen der BRD.

Alle, die mit uns der Meinung sind, daß diese Haftpraxis mit den freiheitlichen und demokratischen Grundsätzen unserer Verfassung unvereinbar ist, fordern wir auf, sich mit unserer folgenden Forderung zu solidarisieren:

Aufhebung der Isolationsfolter!

Wir rufen auf zur Bildung von Komitees, die es verhindern, diese rechtswidrige Haftpraxis fortzusetzen.

Komitees gegen Folter durch Isolation

Diese Komitees haben sich in den letzten Wochen auf Initiative von Anwaltskollektiven, die Genossen im Knast betreuen, gebildet (Stuttgart, München, Heidelberg, Berlin, Hamburg, Frankfurt usw.).

Ziel: Mobilisierung breiter demokratisch-liberaler Öffentlichkeit und Gewinnung von Personen, die aufgrund ihres Ansehens Einfluß ausüben können usw.

Genossen, die mitarbeiten wollen, können über die lokalen Rote-Hilfe-Organisationen Kontakt aufnehmen.



Zusammenhänge auch noch gar nicht überblickt hatte.

Knast – langsame, saubere Menschenvernichtung. Glocke – Hamburg, da sind in letzter Zeit paar gestorben, mit denen sie's so und noch stärker, brutaler gemacht haben wie mit uns. J., Der Arzt von der Glocke, hat vor'n paar Wochen seine Kündigung eingereicht.

Ich geh morgen zu der Ärztin hier. Mal sehen, was die zu sagen hat. Ich hab Schüttelfrost und Hitzeschauer. Ich nehm an, daß man das „Nervenfieber" nennt. Oder das, was man von Fixern hört, wenn sie erzählen, was Entzug ist. Ich wollte die Spritze nicht, ich hab mich gegen die Spritze gewehrt.

R., wir brauchen hier drinne die Unterstützung der Leute von draußen. Ich kann nur Hilfe schreien. Sie wollen uns fertig machen. Langsam, langsam durch die Mühle drehen, uns langsam verrecken lassen. Petra, Thommy, Georg ham sie erschossen. Da hieß es RAF. Ich bin nicht RAF, aber das ist gleichgültig. Mir und denen. Jetzt Knast: Friß oder stirb. Krieche oder verrecke. R., wir brauchen Unterstützung.

In Frankfurt war dieses Wochenende. im Club Voltaire, Sitzung eines Komitees „Folter durch Isolation". Der Name trifft die Sache überhaupt nicht ganz, aber es ist immerhin was.

R., du machst doch Psycho, kann man da nicht auch auf die Dauer, nicht jetzt auf die Schnelle, aber überhaupt kann man über diesen Hebel auch was gegen diese Menschenvernichtungseinrichtung Knast unternehmen?

R., komm her oder mach was. Nicht schnell, aber es muß was gegen Knast, wie er abläuft, unternommen werden. Hier ist nur Scheiße. Nur, nur, nur. Alles, alles, alles.

Solang ich hier drinne sein muß, halt ich's aus. Natürlich halten wir durch. Aber wir brauchen Unterstützung, Hilfe. Laß doch die Homos. Mach lieber was in Richtung Knast. Grade mit Psycho. Alles kann man als Hebel benutzen. Wir brauchen hier z. B. neue Psychologen. Mehrere. Gute Leute, gute Ärzte. Hilfe. Das was ihr machen könnt, was du machen kannst, Unterstützung, Komitees, weiß der Geier, an die Öffentlichkeit zerren. Überleg dir was.

In Liebe: A.



Rechtsanwälte im Hungerstreik vor dem BGH in Karlsruhe

KAMPF DER ISOLATIONSFOLTER



2.5.1973

Lieber R., gestern, das waren die Entzugserscheinungen dieser Spritze.

Sag mal, können die das, dir was spritzen, auch wenn du nicht willst. Ich mein, daß sie können, ham wir ja gesehen, aber ob das legal ist. Ich hab mich gewehrt gegen diese Spritze, aber das nützt ja nix.

Ich weiß ja nicht genau, was du machen willst oder machst, mit Beruf und so. Ob du schon Lehranalyse machst oder nicht und wie Möglichkeiten und Aussichten sind. Aber eins muß gemacht werden: Ne andere Knast-Kampagne, als RH das macht. Ist zwar gut, weil sie die politischen bißchen unterstützen, Geld, ab und zu teach-in, aber das berührt nicht die Verhältnisse, wie sie sind, und wie sie sich für den Gefangenen darstellen. Es ist unheimlich gut, wie du an so ner Kiste, wie sie hier gelaufen ist, sehen kannst, wie doll ihnen die Angst in den Knochen steckt, daß sie gleich zu ihrem letzten Mittel, zur Gewalt greifen müssen. Und dann sind sie am Ende. Echt am Ende. Fertig mit der Welt. Und da fängts bei uns erst an. Das ticken. Das sehen. Was sie bei uns als Gegengewalt bezeichnet haben, das war nie Gegengewalt, das war hilfloser, ohnmächtiger Widerstand. Wir können überhaupt nicht gewalttätig sein. Wenn du ihre Gewalt kennengelernt hast. Da fällt da irgendwie so'n Spruch von Brecht ein, dessen Sinn so geht: „Und wenn wir noch zu wenige sind, um siegen zu können, wir werden trotzdem kämpfen. Und die, die zusehen, sollen wenigstens beschämt sein." Er hat's natürlich irgendwie schöner gesagt. Und die Zeiten sind schon viel besser. Wir sind schon viel, viel mehr.

Mit der Liebe, das ham wir zwar noch nicht so richtig drauf, da sind wir noch'n bißchen zu kaputt – aber darauf würd ich Wetten abschließen. Daß das klappt. Und ich spiele nur, wenn ich sicher bin.

Ansonsten gibt's nichts neues an der Front hier. Heute bei der Ärztin: „Also ich, ich habe diese Anordnung nicht getroffen." Als ich sie wegen der Spritze fragte, ob das zulässig ist. Maria und Josef. Nur Schiß in den Hosen. Ich kann echt nicht mehr mit diesen Leuten reden. Denn man müßte ihnen studenlange Vorträge halten und nützen würde es eh nichts.

Iss bei euch was Neues? An der Häuserfront? Es geht weiter!

Am 13. Mai werd ich U-Haft. Also lange Post, lange Leitung. Nütze die Jugend, denn sie vergeht nicht. Falls du auf die Schnelle noch'n gutes Buch hast, sofort herschicken, denn in U-Haft gibts eben diese lange Leitung.

Also: much more kisses. A.

5.5.1973

Natürlich stellen wir strafanträge, aber dann stellen die bullen genauso welche, und dreimal darfst du raten, wem dann geglaubt wird. 10 bullen, alle schließerinnen bis zur obersten gegen uns. gelogen wird da jetzt schon, nicht auszuhalten. denk nur mal an meinen vergangenen prozess, als th., der staatsanwalt gegen mich ausgesagt hat. da stand j.'s aussage gegen th.'s. Th. hat unter eid gelogen, daß ich nur mit den ohren geschlackert hab. und die richter? sollen die etwa ihre staatsanwälte fallenlassen? dann werden sie nämlich ganz schnell selber fallengelassen. und was jetzt schon wieder von den schließerinnen zusammengelogen wird, ich könnte wutanfälle kriegen. mit reden kommste gegen diese schwachsinnigen hirne überhaupt nicht an. verstehste, das allerschlimmste ist diese dummheit, diese bodenlose dummheit, und dann, die angst, die sie in den knochen haben. jede, halt vor der nächsthöheren. und letzten endes angst vor uns. weil wir mehr vor ihnen haben. und wegen der angst müssen sie gewalt anwenden, das ist ihre letzte rettung. d. h. sie meinen, daß es ihre rettung wäre, aber es wird ihr untergang sein.

verstehste, ich bin jetzt so weit, daß ich mir lieber die fresse einschlagen lasse, die zunge rausreißen lasse, aber die wahrheit kommt ans licht.

unsere gegengewalt, ein witz, und die idee war auch nicht die allerbeste, für uns damals halt die beste. aber man kann selber gewaltlos bleibend, die zur gewalt treiben, daß sie ihre maske fallenlassen müssen, daß ihre ekelhafte fratze vorkommt, nur indem man widerstand leistet.

Aber man soll sich wirklich keine illusionen machen. im frauenknast besonders hat keiner widerstand. am anfang noch, aber wenn sie erstmal verurteilt sind, dann gehts los, dann dreht da gangstersyndikat volle pulle auf. gnadengesuch, 2/3, damit kriegen sie fast jeden. da sind nur wir fein raus, weil wir eh keine 2/3 kriegen. so oder so nicht. weil halt jeder, der hier drinne ist, raus will. und so wird der widerstand der einzelnen gebrochen, falls sie am anfang noch welchen gezeigt haben.

psycho-terror, so grauenhaft, so finster, so schleimig, widerwärtig, es ist zum kotzen. aber wahrhaftig zum kotzen. ich kotz tatsächlich öfter, ich kanns fressen nicht mehr sehen, alles nicht mehr sehen. und wenn psychoterror nichts nützt, wenn du dich davon nicht kleinkriegen läßt, dann kommt halt offener terror.

verstehste, die ganzen schließerinnen sind vornerum jetzt dermaßen freundlich zu mir, und hintenrum, bei andern gefangenen, da gehts dann los, nur lügen, und wenn, falls es doch gefangene geben sollte, die's nicht glauben sollten, dann drohungen. und die meisten gefangenen blicken halt nicht durch. haben angst, wollen raus, sind kaputt. oder die schließer sagen z. b.: redet nicht mit denen, die sind B&M, oder sagen sonst einfach die größte scheiße. mit einer hintervotzigkeit, das haut mich manchmal um. seitenweise könnte man da diese kleinen widerlichen schoten schreiben.

und du bist halt den ganzen Tag voll in dieser mühle drin. knast ist echt die letzte station, die diese gesellschaft hat. da müssen sie dich einfach kleinkriegen. und wenn sie dich nicht mit psycho kleinkriegen, dann wirste geschlagen, am ende halt erschlagen. Hier kommts doch nicht auf wahrheit drauf an. dschungelgesetz: der stärkere hat recht.

oder an den prozessen, wo es heißt, sie wollten nur, daß man ne aussage macht. du, ich würde doch natürlich ne aussage machen, wenn sie mir die wahrheit glauben würden. aber die wollen doch nicht die wahrheit, die wollen verrat. wenn man dennoch die wahrheit sagt, kriegt man lebenslänglich. aber manchmal hat man glück. ab und zu gibt es noch richter, die ein schlechtes gewissen haben. die die verfassung wirklich so nehmen, wie sie da steht. die sich noch ganz schwach an ihren richtereid erinnern.

knast ist das letzte disziplinierungsmittel, das diese gesellschaft hier hat. hier zeigt sichs eben am deutlichsten. man muß es öffentlich machen, was hier läuft. ans licht zerren, mit aller kraft ans licht zerren. nicht mit gewalt ans licht zerren, mit aller kraft ans licht zerren. und wenn die dann sagen, daß unsere kraft gewalt ist, bitte, sollen sie ihren hunderttausend lügen nochmal hunderttausend dazufügen.

hier drinne ist mir der letzte rest angst flöten gegangen. ich hab z. b. immer angst vor folter gehabt. vor den schmerzen, vor den quälereien. jetzt bin ich mir ziemlich sicher, daß ich die größten schmerzen aushalten würde. denn manchmal sind körperliche schmerzen leichter zu ertragen, als diese psycho-schmerzen, die sie dir zufügen in ihrer gemeinheit, in ihrer dummheit, in ihrer angst, in ihrer kaputtheit, in ihrer unmenschlichkeit. denn irgendwo ticken die alle selber, daß sie kaputt sind, völlig unfähig zu lieben, das was wir teilweise sind, das sind sie schon ganz, und den rest, den wir noch draufhaben, die solidarität, die wir draufhaben, die wollen sie uns halt austreiben. denn sie können nicht mehr solidarisch sein; bei ihnen herrschen dschungelgesetze. und was sie nicht sein können, und was sie nicht haben können, das wollen sie uns natürlich auch nicht lassen. menschliche wracks wollen sie aus uns machen, wie sie selber sind.



und hier ist der vampir hautnah, jede sekunde bereit, die zähne zu zeigen, und ab und zu, wenn er hungrig ist, macht er's. die meisten hier drinne hat er ja schon geschluckt. und das wahnsinnige ist, du hast ihn hier fast dauernd vor dir, und kannst ihn nicht fassen.

die ärzte hier drinne, genau dasselbe pack. wir brauchen auch ärzte von draußen, die aber so integer sind, daß man sie hier reinlassen muß. oder unsere anwälte, die sind völlig überlastet. und auch schon ausgesaugt. wir brauchen neue und mehr anwälte. im knast ist alles mangelware, und ihre strafe heißt entzug, entzug von allem. ich wart nur noch auf den tag, wo sie einem die luft entziehen. im bunker tun sie das ja. i. ham sie in den bunker gesteckt. luftschacht zugemacht, ventilatur an, damit die alte verbrauchte luft auch noch immer schön durchgeführt wird. und dann sagen sie halt einfach, nein es stimmt nicht, der luftschacht wäre offen gewesen. was sollste da machen?

verstehste, das wollen sie, verrat, verrat. weil sie selber jeden und alles verraten und nicht mal wissen wofür eigentlich. sie sehen ihre eigene sinnlosigkeit, und das macht sie so wahnsinnig, so schwachsinnig. und auch das wird hier drinne am deutlichsten. denn jedes oberpig wird dir sagen, daß er selber weiß, daß knast überhaupt sinnlos ist. hinter vorgehaltener hand wird er dir das sagen. und wenn du's offen wiederholst, wird er dich lügen strafen. lotta di longa durata.

wie immer man den kampf in den verschiedensten jahrhunderten nannte, es ist der kampf um die menschenrechte, der kampf um liebe, der kampf gegen verrat. ich habe die letzten 2 jahre nur unter proleten und lumpen gelebt, und unsern kampf um die gemeinsame sache klassenkampf zu nennen, trifft die sache nicht in ihrer ganzheit. unsern kampf klassenkampf zu nennen, ist die sache von klugen bourgeoisen. das wort von denen, die die möglichkeit, die chance haben, sich gedanken machen zu können, die die möglichkeit hatten, bevor sie sich dafür entschieden, die sich nicht total verkaufen mußten, die nicht gleich bei ihrer geburt voll in die tretmühle geraten sind, denen man die freiheit gelassen hat, sich gedanken machen zu können. oder die zeit gelassen hat. ich denk, du verstehst, was ich meine. denn man müßte mehr als bücher schreiben, um es auszudrücken. und es ist schon so oft mit blut auf die straße geschrieben worden. na, das weißt du ja alles selber.

Ich denk, ich werd' noch mehr schreiben, solang ich noch Strafer bin, denn wenn Th. wieder den Daumen drauf hat, ist der Ofen aus.

In Liebe: A.

Ich habe viele Väter
und ich habe viele Mütter
und ich habe viele Schwestern
und ich habe viele Brüder
Meine Brüder sind schwarz
und meine Mütter sind gelb
und meine Väter sind rot
und meine Schwestern sind hell
und ich bin über 10.000 Jahre alt
und mein Name ist MENSCH
Und ich lebe von Luft
und ich lebe von Brot
und ich lebe von Licht
und ich lebe von Liebe
und ich habe zwei Ohren
und ich kann alles verstehn
und ich habe zwei Augen
und ich kann alles sehn
Und ich bin über 10.000 Jahre alt
UND MEIN NAME
IST MENSCH

und er hat zwei Ohren
doch er will nicht verstehn
und er hat zwei Augen
und er will nicht sehn
Und er ist über 10.000 Jahre alt
und hat viele Namen
Und ich weiß, wir werden kämpfen
und ich weiß, wir werden siegen
und ich weiß, wir werden leben
und wir werden uns lieben
und der Planet Erde
wird uns allen gehörn
und jeder wird haben
was er braucht.
und es wird keine
10.000 Jahre mehr dauern
DENN DIE ZEIT
IST REIF

Fortsetzung von S. 7

Die revolutionären Inhalte der Studentenrevolte und die Haltung der politischen Parteien und Organisationen

Es hat nicht an Versuchen seitens der politischen Parteien und Organisationen gefehlt, die Studentenrevolte als das Produkt ihrer Intervention darzustellen. Zweifellos hat es unter den Studenten auch solche gegeben, die in der oder jener politischen Partei oder Gruppe organisiert waren. Ihre Rolle jedoch fällt nicht ins Gewicht, denn das, was das Wesen der Studentenrevolte ausmacht, war ihr spontaner Massencharakter und das Prinzip der direkten Demokratie, das die Studenten praktiziert haben. Die selbsternannten und die angehenden „Führer" der per Selbstdefinition linken Parteien und Gruppen (KPG, EDA und sämtliche neorevisionistischen Grüppchen) können sich in ihrer Borniertheit nicht vorstellen, daß eine Massenbewegung entstehen und handlungsfähig sein kann, ohne ihre „weisen" Direktiven aus dem Hintergrund zu erhalten. Die bürgerlichen Anbeter der EWG-Technokraten haben sich in die Studentenrevolte einmischen wollen, oder auch eingemischt, mit der Hoffnung, die Studenten in ihre Bahnen zu lenken, die Junta unter Druck zu setzen und sich selbst ihren sozialdemokratischen Patronen in der EWG gegenüber als die Geeignetsten für die Ausübung der Macht des Kapitals und die Durchführung einer technokratischen Bildungsreform in Griechenland zu zeigen.

Hier geht es uns nicht um eine Diffamierung des evtl. persönlichen Einsatzes von bestimmten Intellektuellen der sich als liberal definierenden Bourgeoisie, sondern um die Klarstellung des Klassenzusammenhangs, in dem sie gehandelt haben. Verdächtig scheint uns das Engagement der bundesrepublikanischen Sozialdemokratie, als den zeitgemäßen Vollstrecker der Direktiven des Monopolkapitals, für bestimmte Personen (Prof. Tsatsos, Frau Tsouderou, Prof. Pesmasoglou, der den EWG-Vertrag mit Griechenland ausgehandelt hat etc.) zu sein. Wir werden uns nicht wundern, wenn – zumindest nach außen hin – die Griechenland-Reise von Scheel von der Freilassung dieser „demokratischen Persönlichkeiten" abhängen wird!

Die Studentenrevolte zeigte deutlich, daß eine Forderung, selbst wenn sie ursprünglich syndikalistisch ist, zur politischen Sprengkraft werden kann, wenn sie von Massen getragen wird. Genau so aber zeigte sie, daß die Aussicht auf Erfolg erst dann gegeben ist, wenn ihr die Verbindung mit den anderen Unterdrückten, vor allem dem Proletariat, gelingt. Dies war nicht der Fall in Griechenland, denn die Arbeit unter den Bauern, im Betrieb und Stadtteil steckt immer noch in den Kinderschuhen. Die Studenten konnten nur auf die passive Solidarität der unterdrückten Massen rechnen, die sie auch zu einem großen Teil haben.

Mit Säcken ins Warenhaus – Die Lebensmittel rausgeholt

Da haben die Geschäftsführer in Kaisers Kaffeegeschäft und in einer Meyer-Filiale dumm geguckt: Wenn sonst einer klaut, wird er sofort den Bullen übergeben, diesmal ging das nicht so.

15 Leute gingen in die Geschäfte, packten Konserven, Braten, Eingefrorenes, Schnaps und Schinken in ihre Säcke. Als ein paar pflichtgetreue Kassiererinnen sie anhalten wollten, sagten sie: „Haltet doch die Fresse, das Zeug gehört Euch ja sowieso nicht." Der Kaiser-Geschäftsleiter wollte seine leckeren Sachen nicht so ohne weiteres abrücken sehen: er stellte sich den rausrückenden Leuten „tapfer" entgegen. Vielleicht überlegt er sichs im Krankenhaus anders.

Die Bullen rücken an im Th. Weissbeckerhaus!

(Bericht aus dem Haus)

Am 21. 3. 1973 hatten wir Verhandlungen mit einigen Leuten vom Senat, über den Satz, den wir pro Tag zum Essen bekommen sollten. Wir forderten 7,50 DM (andere Heime bekommen 9,– DM), der Senat dagegen wollte uns nur 5,– DM geben und keinen Pfennig mehr. Nach einer Stunde hatten wir die Schnauze voll und warfen die Senatstypen raus. Davon hatten wir zwar kein Geld, aber das Scheiß Gequatsche hatte wenigstens ein Ende. Dafür hatten wir nichts mehr zu essen.

Am Nachmittag standen dann 200 Bullen vor der Tür. Als erstes verbarrikadierten wir die Ausgänge und riefen unseren Anwalt. Wir ließen uns auf die Hinhaltetaktik der Bullen ein, da wir keine andere Möglichkeit sahen, und verhandelten durchs Fenster. Rein wollten die auf jeden Fall, der „liberale" Einsatzleiter wollte, wenns geht, Gewalt verhindern. Er wollte dann mit 60 Leuten rein, die Lebensmittel suchen, die wir eine Stunde vorher bei Kaiser und Meyer gestohlen haben sollten. Inzwischen häuften sich die Senatsvertreter vor dem Fenster und wollten uns gut zureden, damit wir ja keinen Unfug machen.

Wir sagten, 10 Bullen und nicht mehr können rein, darauf gingen sie rein. Die 10 Bullen mit den Zeugen aus den Lebensmittelgeschäften, die einige Leute wiedererkennen sollten, ein Senatsvertreter, drei von uns und unser Rechtsanwalt durften durchs Haus gehen. Zuerst sollten wir uns in den Zimmern aufhalten, wir gingen aber alle in den Tagesraum. Die Türen, die abgeschlossen waren, machten die Bullen auf. Bei der Eisentür zum Boden hatten sie Schwierigkeiten. Nach einer halben Stunde mit Brechstange und 10 Bullen hatten sie die Tür aufgebrochen und fanden eine leere Meyertüte, auf die sie sich gleich stürzten. Auf ihrem Weg durch das Haus fanden sie so viele solcher Tüten, daß der Beweis nichts wert war. Im Haus fanden sie natürlich nichts von den Sachen, die letzte Hoffnung waren die Zeugen von den Geschäften. Wir sollten einzeln von denen besichtigt werden, das lief aber nicht, wir wollten uns nicht in verschiedene Räume zur Begutachtung schicken lassen. Die Zeugen mußten in den Tagesraum kommen. Wir machten da einen Riesenlärm mit Stuhlbeinen und Gesang. Wir liefen alle laut singend an den Zeugen kurz vorbei, die fühlten sich nicht recht wohl und meinten, sie würden keinen erkannt haben und zogen dann ganz schnell wieder los. Denn, wenn sie einen erkannt hätten, wäre es ungesund für sie geworden.

Am nächsten Tag war die Sache dann groß in der Zeitung. „Überfall auf Lebensmittelgeschäfte am hellen Tag" und „Jugendliche plünderten". Was die Zeitungen auch darüber schreiben, sie machen eigentlich nur Propaganda für uns. Jeder ist sauer, wie sehr die Preise steigen, auch die Kassiererinnen in den Lebensmittelgeschäften, und immer mehr Leute machen dasselbe. Die Zahl der Lebensmittel-„diebstähle" ist in den letzten zwei Jahren auf mehr als das Doppelte angestiegen. Nur, wenn die dann geschnappt werden, sind sie geliefert, weil sie allein sind. Aber zu vielen sind wir stärker!!!



Wir befassen uns mit:

- der Scheißarbeit
- dem kapitalistischen Alltag
- dem Silo- und gefängniswohnen
- Autoritätsknackertypen
- Konterrevolutionären Umtrieben
- SCHÜLERREVOLTEN
- LEHRLINGS- UND JUNGARBEITERKÄMPFEN
- GRÜNDEN, WARUM DIESES SYSTEM KAPUTT IST
- WIE ES UNS KAPUTT MACHEN WILL
- METHODEN, WIE WIR ES KAPUTTMACHEN KÖNNEN
- KAMPFARTEN, ORGANISATIONSFORMEN
- PROFITSEX UND WICHSERPOLITIK
- LERNEN SIEGE AUSZUNÜTZEN, NIEDERLAGEN ZU VERKRAFTEN
- DER ENTFALTUNG DER ARBEITERMACHT
- DEM VORANTREIBEN DER PROLETARISCHEN REVOLUTION

Wir wollen alles

Auszüge aus Flugblättern
Aufgrund eines Fehlers der Frankfurter Genossen konnten in der Nr. 3 keine Flugblätter im Wohnungskampf als Ergänzung der Chronologie abgedruckt werden. Wir holen dies in dieser Nr. nach, weil wir meinen, daß in den Flugblättern wichtige Aspekte angerissen werden, die die Richtung der inhaltlichen Weiterarbeit angeben.

Mieter bleibt heiter
Der Wohnungskampf geht weiter!!

Ein Gespenst geht um in Frankfurt: Wohnungskampf!

Am Samstag haben in der Frankfurter Innenstadt fast 6.000 Menschen gegen die ständige Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen demonstriert. Wir haben klar gezeigt, daß wir es nicht mehr widerstandslos hinnehmen, wenn Spekulanten aus der allgemeinen Wohnungsnot Profite schlagen. Sechstausend haben begriffen, daß die Politik dieser Stadt eine Politik für die Reichen und gegen die arbeitende Bevölkerung ist. Zu offensichtlich sind die Folgen dieser Politik. 9.000 Familien stehen auf der Warteliste für eine Sozialwohnung, während gleichzeitig 15.000 Wohnungen einfach leer stehen, weil sie für den kleinen Mann zu teuer sind. Gut erhaltene Wohnungen werden abgerissen, um an ihrer Stelle gewinnträchtige Büroklötze hinzusetzen. Rücksichtslos wird dabei gegen die Mieter vorgegangen. Mit Gewalt werden sie wegen des Profits Einzelner aus ihrer alten Umgebung gerissen und in unmenschliche Wohnsilos am Rande der Stadt gesteckt. Dorthin, wo sie niemanden kennen und niemanden kennenlernen können, denn auch diese Städte sind nicht für die Bedürfnisse der Menschen gebaut, sondern allein unter dem Gesichtspunkt des Profits (Die Selbstmordrate in der Nordweststadt ist die höchste in ganz Hessen). Kräftig mischt die Stadt dabei mit. Bekommt sie doch für gewerblich genutzte Räume mehr Geld als für Wohnräume. Ganz bewußt treibt sie die Politik der „Ausnahmegenehmigungen", um sich damit den Geldsäckel zu füllen. Und da das nicht ausreicht, treibt sie auch noch von dem kleinen Mann rücksichtslos das Geld ein. Sie erhöht die Mieten für gemeinnützige Wohnungen bis zu 55 % (ABG für kleine Wohnungen, AG Hellerhof), erpreßt von ausländischen Arbeitorn Wuchermieten, indem sie mit der Ausweisung droht, verteuert die Straßenbahn – auf die Spekulanten und Fabrikanten nicht angewiesen sind – und erhöht die Preise für Strom und Wasser für Familien mehr als für Fabriken. Widerstand ist möglich. Hausbesetzungen, Mietstreiks und der Kampf der Mieter der ABG gegen die Mieterhöhungen haben gezeigt, daß Widerstand gegen diese Zustände möglich ist.

Häuserrat, AStA, Lotta Continua, Revolutionärer Kampf, Rote Hilfe, Zentralversammlung der italienischen Mietstreikhäuser, Stadtteilgruppen Bockenheim, Bornheim, Heddernheim.

Frankfurter Häuserkampflied

Kapital und große Banken
Und verfluchte Spekulanten
Hatten wir auf einmal bis zum Kotzen satt.
Drum ha'm wir uns entschlossen
Jetzt zu kämpfen, Genossen,
Darum nehmen wir uns diese Stadt.

Auf den Straßen unsrer Städte
Laufen Bullen um die Wette,
Doch die Wette ha'm sie längst verlor'n.
Denn wir sind fest entschlossen
Hart zu kämpfen, Genossen,
Und wer kämpft, Freunde, schreitet nach vorn.

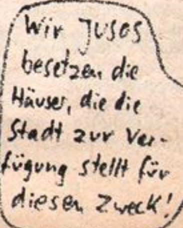
Auch ihr Mieter werdet heiter,
Denn der Wohnungskampf geht weiter,
Reiht euch ein, seid zu kämpfen bereit.
Sind wir nur fest entschlossen
Jetzt zu kämpfen, Genossen,
Dann wird unsere Stadt bald befreit.

Eines Tages wird dann zerschlagen,
Was wir schon zu lang ertragen:
Kapital, Banken, Spekulation,
Denn wir sind fest entschlossen
Auch zu siegen, Genossen,
Und zu siegen heißt Revolution.

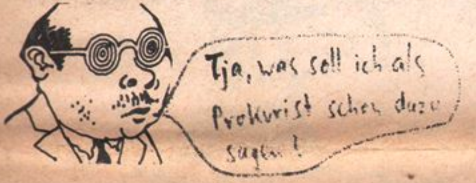
Dann, ihr Freunde, gibt es Feste,
Alle Menschen sind die Gäste,
S'wird getrunken, geliebt und gelacht.
Sind wir nur fest entschlossen
Hart zu kämpfen, Genossen,
Wird die Welt bald bewohnbar gemacht.



Fam. Kratz konnte nach nur 5 Jahren Wartezeit eine 2 1/2 Zimmer Sozialwohnung mit Klo und Dusche beziehen. Glückwunsch. Der WWK Fotograf war dabei.







Frauen gemeinsam sind stark
Das betrifft uns Frauen schon:
In der Innenstadt Spekulation,
in den Vororten Isolation.

„Jetzt suchen sie mal auf dem Wohnungsmarkt eine Wohnung . . . " Frau S., verheiratet, zwei Kinder, Hausfrau: „Ich finde das richtig, was die da machen. Ich bin schon zweimal aus meiner Wohnung herausgeklagt worden, weil der Besitzer das Haus abreißen wollte. Jetzt suchen Sie mal auf dem Wohnungsmarkt eine Wohnung! Da können sie für eine Drei-Zimmerwohnung 500 bis 600 DM hinblättern. Das ist bald die Hälfte von dem, was ein Mann in einem Monat verdient. Dabei macht er Überstunden. Ich hab mir schon überlegt, ob ich selbst wieder arbeiten gehen soll, wo doch die Lebensmittelpreise auch ständig steigen. Das nennt sich dann Wirtschaftswunder, wo man zwei Verdienste braucht, um leben zu können. Denn auf Urlaub wollen wir ja auch nicht verzichten. Das müßten eigentlich alles Selbstverständlichkeiten sein. Wo gibt's denn so was, daß wir als Frauen mitarbeiten müssen, nur um die Wohnung bezahlen zu können."

„Aber einfach ein Haus besetzen, ob das das Richtige ist? "

Frau Sch., 40 Jahre, Hausfrau, 2 Kinder: Wir haben jahrelang gespart, um uns ein Häuschen kaufen zu können. Da haben wir keine freie Minute mehr gehabt. Mein Mann hat ständig Überstunden gemacht und ich habe auch kräftig mit zugepackt. Ich bin auch arbeiten gegangen, sonst hätten wir's nicht zahlen können. Dann kam ich müde von der Arbeit heim, hab schnell den Haushalt gemacht und bin dann nochmal rausgefahren, um beim Bau zu helfen. Das war kein Leben. Auf Urlaub haben wir auch verzichtet. Das wurde zu teuer. Da schafft man sich das ganze Leben ab, um ein Häuschen zu haben. Aber einfach ein Haus besetzen, ob das das Richtige ist? Außerdem boten die leerstehenden Häuser die Möglichkeit, aus der Isolation von Einzelzimmern und winzigen Neubauwohnungen herauszukommen. Die Hausbesetzer zogen in Wohngemeinschaften zusammen und organisierten das Leben kollektiv. Es macht kaum einen Unterschied, ob man zwei Bratwürste brät oder sechs. Der Unterschied ist der, daß man nur einmal die Woche zum Kochen dran kommt. Für die Kinder ist immer jemand da. Man muß seine Probleme nicht mehr alleine bewältigen. Wenn man z. B. Krach mit dem Freund hat, braucht man nicht allein Trübsal zu blasen, sondern kann mit den anderen ins Kono gehen. Wenn man mal kein Geld hat, helfen einem die anderen. Die Form von kollektivem Leben soll zerstört werden, indem die besetzten Häuser geräumt und abgerissen werden sollen. Die Bewohner verweist man in die Randgebiete, z. B. sollen die Leute aus dem Ket enhofweg 51 nach Niederwöllstadt ziehen. Jeder kennt diese Art Vorstädte. Man merkt den Wohnungen an, daß sie gebaut wurden, um Geld zu scheffeln, und nicht, damit Menschen sich darin wohl fühlen können. Die Räume sind zu klein, die Wände sind ungeheuer hellhörig, man kann sich darin nicht frei bewegen. Die Wohnungen sind so gebaut, als ob wir darin nur zu schlafen hätten, um am nächsten Tag wieder fit zu sein für die Arbeit. Wenn wir darin auch leben wollen, stören wir sofort die Nachbarn neben die Arbeit. Wenn wir darin auch leben wollen, stören wir sofort die Nachbarn neben und unter uns. Daß wir Menschen sind, daß wir Orte brauchen, wo wir uns unterhalten und gesellig sein können, daran wird nicht gedacht. In den Siedlungen leben wir unheimlich isoliert, wir sind vom Leben abgeschnitten. Der Mann geht öfters zum Skatabend oder zum Stammtisch, aber wir sitzen meist zu Hause mit den Kindern und der Hausarbeit. Wie oft machen wir, wenn wir von der Arbeit nach Hause kommen, sofort das Radio oder das Fernsehen an, damit wir nicht merken, daß wir einsam sind! Auch wir müssen aktiv werden! Wir müssen unsere Isolierung bekämpfen und müssen uns Treffpunkte schaffen. Dort können wir diskutieren, unter anderem darüber, was man gegen die unverschämt hohen Mieter unternehmen kann.



Kommt alle am Mittwoch – Verhindert die Räumung des Kettenhofweg 51!

Der Spekulant versucht's mit Bestechung. Zehntausend Mark sollten wir von „unseren" Hausbesitzern Markiewicz und Neufeld als Belohnung dafür kriegen, ein Haus im Grünen in Niederwöllstadt zu akzeptieren. Das ist also die Lösung des Frankfurter Wohnungsproblems: Niederwöllstadt, Pfaffenwiesbach, Dortelweil, Bruchköbel. Diese Rechnung geht nicht auf.

Wir garantieren unruhige Wochen in Frankfurt. Denn eines haben wir jetzt schon gelernt: Provokative Aktionen machen der SPD Angst, weil sie sich dann unter dem Druck der Öffentlichkeit gezwungen sieht, ihr soziales Mäntelchen sausen zu lassen und sich offen auf die Seite der Markiewicz, Neufeld, Rosen und deren Hintermänner zu schlagen. Wenn wir uns nicht ausreichend bemerkbar machen, geht es uns so wie den italienischen Kollegen aus der Eschersheimer Landstr. 220: Nach einem Jahr Mietstreik dürfen sie jetzt die Wuchermiete anstatt an den Hausbesitzer in voller Höhe an die Stadt bezahlen. Andernfalls hat ihnen Polizeipräsident Knut Müller Ausweisung versprochen – und das trotz gerichtlich festgestellten Mietwuchers. So reagiert die Stadt, wenn sie keinen Widerstand zu fürchten braucht.

Rat der besetzten und bestreikten Häuser, Stadtteilgruppe Bornheim, Stadtteilgruppe Bockenheim, Stadtteilgruppe Heddernheim, Zentralversammlung der italienischen Mietstreikhäuser, Lotta Continua, AStA

Schüler im Wohnungskampf

Das ist unser Kampf. Es geht um die Probleme in der ganzen Stadt und damit auch um die Probleme von uns Schülern. Überall an den Schulen haben sich viele von uns mit den besetzten Häusern, mit den ausländischen Familien und den Mieterstreiks solidarisiert. Im Kettenhofweg haben wir gemeinsam mit anderen die Hausräumung verhindert. Wir haben auch allen Grund dazu. Viele, die jetzt schon zu Hause ausziehen wollen, finden in Frankfurt keine Wohnungen für Wohngemeinschaften. Zu Hause solle wir alleine rumhängen, Schulmist lernen, das Fernsehprogramm fressen und sonst nix! Denn in welcher Mietwohnung kann man laute Musik hören, viele Freunde einladen auch nach 10 Uhr, mit denen man Krach machen kann, ohne daß der Hausmeister ausflippt und der Hausbesitzer unsere Eltern rausschmeißt. Wo kann man zusammen diskutieren, wie man sich gegen die ganze Scheiße wehren kann, und das nicht alleine? Wo gibt es eigentlich Platz für uns? Nirgends in Frankfurt! Wie's im Wohnungskampf weitergeht und was aus den Problemen wird, diskutieren wir zusammen auf der Schülerversammlung zum Wohnungskampf

Frankfurter Schüler im Häuserkampf

Fortsetzung S. 15



UNSER RUDI: JEDEN TAG EINE GUTE TAT FÜR EINEN ARMEN, ALTEN SPEKULANTEN.

JUGENDZENTRUM OFFENBACH

Wer hängt schon gern in Kneipen 'rum und säuft sich die Kutte voll oder wer meint etwa, daß man seine sogenannte Freizeit in den öffentlichen Jugendhäusern, oder wie die sonst noch heißen, verbringen kann? So blöde sind wir schon lange nicht mehr, zu glauben, daß die Offenbacher dezentralen Jugendhäuser unseren Bedürfnissen nur annähernd entsprechen. Da gibt es Clubausweise und vor allen Dingen Typen, die sich Sozialarbeiter nennen und von der Stadt als Aufpasser und Spitzel 'reingesetzt werden. Da brauchen wir uns doch nicht zu wundern, wenn wir uns gegenseitig vor lauter Wut die Köppe einschlagen, weil wir natürlich nicht wissen, was wir mit diesen idiotischen Schuppen anfangen sollen.

Denn wir brauchen etwas, wo wir machen können, was wir wollen; wo wir selbst bestimmen können, wie die Bude auszusehen hat, wo wir beraten können, wenn 'mal was schief läuft, und wo wir uns auch 'mal zurückziehen können, ohne daß uns so'n Aufpasser stört. Es ist doch ganz klar: Sobald wir merken, daß uns ein Jugendhaus selbst gehört, dann passen wir auch drauf auf, dann versuchen wir, unsere Probleme selbst zu lösen, dann wird es nämlich auf einmal sinnlos, uns gegenseitig zu kloppen oder zu ärgern, denn wir schaden uns dann selbst und nicht der Stadt, wie das in den städtischen Jugendhäusern der Fall ist. Außerdem liegen die paar kleinen vorhandenen Häuserchen dezentral, also in den Außenbezirken. Gerade das wollen wir verhindern, denn, wenn wir unsere gemeinsamen Interessen durchsetzen wollen, brauchen wir ein zentrales Haus, ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung.



Selbstverständlich hat die Stadt Angst vor unseren Vorstellungen, denn, wo wir uns zusammentun und das machen, was wir selbst für richtig halten, da gibt es keine Kontrolle durch die sozialdemokratisch regierte Stadt Offenbach, da blicken die Typen von der Bürokratie nicht mehr durch. Infolgedessen haben die sich einen Dreck um unsere Forderungen gekümmert.

Nachdem wir uns – etwa 20 bis 30 Schüler, Lehrlinge, Jungarbeiter und Studenten – im Herbst 1972 entschlossen, den Kampf für ein zentrales Jugendzentrum in Offenbach aufzunehmen, machten wir erst 'mal eine Fragebogenaktion mit anschließendem Fest, um rauszukriegen, ob noch andere Jugendliche die gleichen Ideen haben wie wir. Zum Fest kamen ca. 200 Leute, die fast alle ihren Fragebogen abgaben und der Meinung waren, daß es wirklich in dieser Stadt nichts Duftes gibt, was ihren Interessen entspricht. Entweder wurden die paar Jugendhäuser schon um 22.00 Uhr zugemacht oder die Sozialarbeiter waren in Urlaub und das Haus war deshalb geschlossen. Von Selbstverwaltung konnte dort ohnehin nicht die Rede sein.

Weiterhin verstärkten wir unsere Kontakte zu den „bösen" sog. Rockern insofern, als wir versuchten, mit ihnen persönlich und freundschaftlich zu reden und sie in eine leider viel zu kleine Wohnung, wo wir uns fast immer treffen, einzuladen. Außerdem hatten wir viele Freunde aus einer Offenbacher sog. Obdachlosensiedlung gewonnen. Diese beiden Gruppen beteiligten sich jedoch fast nie an den laufenden Diskussionen und Flugblattkampagnen. Ebenso verhielten sich viele Schüler, die zwar für ein zentrale Jugendzentrum eintraten, jedoch die Vorbereitung zur Erfüllung unserer Wünsche nicht mitmachten.

Wir mußten uns zwangsläufig in die Rolle von Funktionären gedrängt fühlen, was wir ja gerade verhindern wollten und wogegen wir auch schon praktisch gekämpft hatten. Denn es gab anfangs immer so'n paar DKP-



und SDAJ-Funktionäre, die laufend davon sprachen, sie seien die einzigen Vertreter der Werktätigen, es jedoch nicht fertig brachten, auch nur ein paar Nicht-Funktionäre ohne Aktentasche und DKP-Wahlpropaganda mitzubringen. Die Trennung von diesen Typen mit Schlips und Kragen vollzog sich anläßlich unserer nächsten Aktion, nämlich auf einer Offenbacher Stadtverordnetenversammlung, auf der wir unsere Forderungen entwickeln wollten. Dazu war es erforderlich, eine Resolution zu verlesen und zwar von uns selbst. Das wurde uns verwehrt mit der Drohung, die Polizei mit Hunden einzusetzen, denn auf einer Stadtverordnetenversammlung hätten ausschließlich diejenigen zu reden, die „gewählte Vertreter des Volkes" seien. Wir versuchten trotzdem unsere Forderungen vorzulesen, indem wir unserem Unmut lautstark Luft machten. Daraufhin zogen sich die Parlamentarier zurück und erklärten die Versammlung für beendet. Die CDU meinte, die SPD hätte sich „dem Druck der Straße gebeugt".

Während der ganzen Versammlung versuchte die DKP ein eigenes bürokratisch geplantes Konzept über Mitbestimmung durch einen Juso-Typ vorlesen zu lassen, um die Aktion zu spalten. Diese DKPisser machten uns hinterher ebenso die bürgerliche Presse zum Vorwurf, wir hätten die Versammlung gesprengt und somit der Sache geschadet. Sie forderte daraufhin, im Nachtragshaushalt 1 Million DM Rücklage reinzubringen, um in einigen Jahren ein neues dezentrales Jugendhaus bauen lassen zu können. Das einzige, was bei der Sache von Seiten der SPD 'rauskam, war ein öffentliches Hearing am 29. 3. 1973.

Wie wir schon mal nach dem Fest erlebt hatten, entwickelt sich jedesmal nach praktischen Aktionen ungeheure Arbeitswut und vor allen Dingen vergrößerte sich die Aktion Jugendzentrum. Das bedeutet, daß es nicht darum gehen kann, für eine relativ kleine Initiativgruppe endlose Diskussionen über Selbstverwaltung und ähnlichen abstrakten Scheiß zu führen, sondern die Formen der Selbstverwaltung spielen sich immer auf einer praktischen Ebene von Aktionen ab, wo man durch solidarischen Widerstand lernen kann, was unsere blödsinnige Gesellschaft eigentlich für uns Jugendliche macht (nämlich garnichts, wenn man den Jugendverwaltern nicht 'mal Dampf macht!).

Auf dem Hearing hatten wir der Stadt ein Ultimatum gestellt, innerhalb von drei Wochen mitzuteilen, wann ein zentrales Jugendhaus steht. Die Antwort: Blah, blah, ... Wir wollen ja mit Euch zusammenarbeiten, öhem ... Wir sind ja auch für ein Jugendzentrum, das aber nicht vor 1976 ...

Wir unterbreiteten deshalb in einem offenen Brief dem Oberbürgermeister, daß er sich bis zum 7. Mai 1973 entscheiden muß, sofort für eine Übergangslösung zu sorgen: Ein Jugendzentrum ohne haupt- oder nebenamtliche Funktionäre oder Sozialarbeiter der Stadt Offenbach. Außerdem forderten wir ihn auf, die entsprechenden Mittel zur Unterhaltung des Hauses locker zu machen.

Am 8. 5. 73 hatten wir endgültig die Schnauze voll, denn die Stadt konnte keine bindende Zusage machen.

Wir hatten in der Zwischenzeit unsere Forderungen mit einer Unterschriftenliste bekräftigt und über ein Fest mit TON STEINE SCHERBEN für mehr Öffentlichkeit gesorgt.

Die Antwort der Sozialdezernenten: Es obliegt allein der Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung, ob und in welchem Umfang sie sich Argumente für ein zentrales Jugendhaus zu eigen macht und entsprechende Beschlüsse faßt. Da die Interessen von uns allen offensichtlich für die Stadt keine Bedeutung hatten, mußten wir selbst unsere Interessen durchsetzen.

Wir besetzen ein Haus!!

Die Hausbesetzung fand jedoch nicht aus „Aktionismus" heraus statt, sondern es wurde für uns höchste Zeit, weil wir langsam im Begriff waren, eine feste Clique zu werden und uns von den anderen Jugendlichen zu isolieren, was wir immer vermeiden wollten. Wir hatten keine räumlichen Möglichkeiten, um mit anderen Jugendlichen Kontakt zu bekommen. Das neue Jugendzentrum sollte uns diese Möglichkeit geben.

Unser Haus gehörte bis jetzt dem Bankhaus Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co. Diese Bankiers ließen sich ihr Spekulationsobjekt einiges kosten. Für eine Million DM kauften sie das alte Hugenottenhaus, um es abreißen zu lassen und an seine Stelle einen 5–6-geschossigen Bürobau zu errichten.

Es scheint, als entstünde in Offenbach heimlich, still und leise ein zweites Frankfurter Westend. Denn auch andere Gebiete in der Innenstadt entwickeln sich immer mehr zu Banken- und Bürovierteln.

Wir dachten uns:
Banken gibt's genug, aber kein selbstverwaltetes Jugendzentrum!!!!!!!

Wie ging die Hausbesetzung nun vor sich? Nachdem einige Genossen vom Revolutionären Kampf/Offenbach ein Haus zum Wohnen besetzen wollten und einen Tag vor der Besetzung feststellen mußten, daß dieses städtische Haus in einem Sanierungsgebiet von der Stadt von innen zerstört und zugemauert wurde, zogen wir unsere Hausbesetzung vor und machten mit den anderen Genossen (RK und Kommunistische Offenbacher Zelle) ein Tribunal auf dem Marktplatz mit anschließendem Demonstrationszug zu dem zerstörten Wohnhaus in der Groß-Hasenbach-Straße 23. Diese Mobilisierung nutzten wir aus, zumal wir als Aktion Jugendzentrum diese Sache mitveranstalteten und vorher die Jugendlichen durch Flugblätter zum Tribunal aufgerufen hatten, um von dort aus in die Kaiserstraße 73 in unser Jugendhaus zu ziehen.

Die Polizei stand auf'm Schlauch !!!

DER POLIZEIFUNK MELDET:



Besetzer bekommen ihr eigenes Haus

Hoffnung, daß auch der „harte Kern" mitmacht

FAZ 15.5.73

et. OFFENBACH. Um auf jeden Fall ein Eingreifen der Polizei gegen die Besetzer des Hauses Kaiserstraße 73 in Offenbach zu vermeiden, hat die SPD-Fraktion ein anderes leerstehendes Haus benannt, in das die jungen Leute einziehen können, die sich „Aktion Jugendzentrum" nennen und von denen auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten nicht genau sagen können, welchen Organisationen sie im einzelnen angehören.

Schon am Donnerstag hatte sich dieses Ergebnis abgezeichnet, als Stadtverordnete mit den Besetzern diskutierten. Im Anschluß daran bildete die SPD eine Arbeitsgruppe, die sich einige im Besitz der Stadt befindliche, zur Zeit ungenutzte Häuser ansah und nun das Gebäude Bismarckstraße 101 geeignet findet. Es wird den Jugendlichen vorgeschlagen, und man hofft, daß sie es annehmen. Dabei ist unklar, ob nicht vielleicht doch ein kleiner Teil der Besetzer lieber in dem jetzt gehaltenen Gebäude bleiben, um dagegen zu protestieren, daß in diesem zum Abbruch bestimmten Haus auch drei Wohnungen wegfallen. Kommt es so, ist eine polizeiliche Entfernung dieses „harten Kernes" noch offen.

In dem empfohlenen Haus sind Strom- und Wasseranschlüsse intakt. Die drei Geschosse erlauben, das zu verwirklichen, was die Jugendlichen in der Kaiserstraße vorhatten. Bismarckstraße 101 wird im Zuge der Sanierung der Waldstraße abgerissen. Die jetzt noch dort wohnende eine Mietpartei zieht in dieser Woche aus. Es werde, meinen die SPD-Sprecher, mindestens ein Jahr dauern, bis es zum Abbruch kommt. Das sei Zeit genug für die Jugendlichen zu beweisen, ob sie in der Lage sind, zu verwirklichen, was sie gefordert haben, nämlich unter eigener Verantwortung und ohne Beteiligung eines Sozialberaters das Leben in ihrem zentralen Jugendhaus zu regeln.



DER ÄLTESTENRAT TAGT

Einen Tag vor unserer Hausbesetzung erteilte der Magistrat der Stadt die Abbruchgenehmigung für unser Haus, denn selbstverständlich bringt ein Bürohaus mehr Steuern als ein Wohn- oder Jugendhaus.

Als wir einzogen, erzählten uns Bauarbeiter, daß sie das Haus im Auftrag der Stadt von innen demoliert hätten.

Das alles ist im Auftrag der Stadt zerstört worden:

- alle Fenster und Rahmen waren rausgebrochen worden
- alle Türen rausgerissen und zerschlagen
- die Heizungsrohre waren abgeschweißt
- Strom- und Wasserleitung sind kaputt
- die Möbel sind demoliert und auch sonst haben sie alles zerschlagen was ihnen unter die Hacke kam.

Aber es herrschen noch immer unerträgliche Zustände im Haus. Wir haben notdürftig Plastikplanen an den Fenstern angebracht, aber es zieht überall durch, so daß einige von uns krank geworden sind, als sie übernachteten, um das Haus vor den Bullen zu schützen.

Weil Strom fehlt, sind wir nachts auf Kerzen und Petroleumlampen angewiesen und können auch keine Heizöfen und keine Radios und Plattenspieler anschließen.

Mittlerweile sind Elektriker von uns am Werk, um das Stück Kabel, was fehlt, wieder zu ersetzen. Bald werden wir auch Strom haben.

Außerdem hat uns der Hausmeister eines besetzten Hauses in Frankfurt geholfen, die Wasserleitung zu reparieren, so daß wir nun auch aufs Klo gehen können und auf Propangaskochern Kaffee kochen können.

In einem Flugblatt fordern wir jedoch immer noch, die Strom- und Wasserleitung in Ordnung zu bringen, sonst werden wir überhaupt nicht mit den Typen verhandeln!

Zur Zeit sieht es so aus:

Im Erdgeschoß haben wir ein Info-Büro eingerichtet, wo sich jeder informieren kann und wo auch Spenden entgegengenommen werden, wie auch auf unser Konto Dresdner Bank, Offenbach, Nr. 5.041.764, Aktion Jugendzentrum.

Im 1. Stock haben wir mehrere gemütliche Räume (ein Kohleofen wurde ebenfalls schon von Lehrlingen angeschlossen)

Im 2. Stock richten wir gerade die Küche ein, daneben befinden sich unsere Schlafräume.

In einer alten, großen, ehemaligen Schlosserei im Hinterhof richten wir eine Diskothek, eine Auto- und Mopedwerkstatt und Filmraum ein.



Mittlerweile hat sich die Initiativgruppe ganz schön vergrößert. Nachmittags und abends nach 17.00 Uhr sind über 100 Leute ständig im Haus, andere stehen draußen und verteilen Flugblätter und sammeln Geld, andere verteilen in der Stadt Flugblätter und sprechen in den Schulen und Betrieben von der Hausbesetzung. Auch die Offenbacher Bevölkerung hat ihr Tagesgespräch, denn bis jetzt wurde in Offenbach noch kein Haus besetzt. Wir hatten uns nicht ohne Grund ein Spekulantenhaus ausgesucht, jedoch könnte man sich auch überlegen, ein städtisches Haus zu besetzen (für diejenigen in anderen Städten, die ebenfalls so eine Sache vorhaben!).

Einige Jugendliche sind hergekommen und haben gefragt, ob sie hier reinkommen und sich mal umschauen dürfen.

Hier können alle rein! Dieses Haus gehört allen Jugendlichen! Es gibt hier Räume genug!!!!!!

Die Offenbacher Bevölkerung hat gezeigt, daß sie unseren Kampf gegen Zerstörung von Wohnraum und für ein zentrales Jugendhaus unterst[illegible]

- Kollegen aus Be[illegible]eben waren in der Mittagspause da und haben das Haus angesehen
- Leute haben Möbel vorbeigebracht und uns ihre Hilfe angeboten
- Bis jetzt sind üb[illegible]50 DM (nach drei Tagen) gespendet worden. Am 10. Mai haben wir eine kleine Demonstration zum naheliegenden Rathaus-Silo gemacht und den SPD-Typen erzählt, daß wir uns nur mit Gewalt aus unserem Haus vertreiben lassen, denn wir haben das Haus total verbarrikadiert. Der Stadt erklärten wir, daß die Stadt auf einen gewaltsamen Einsatz der Bullen verzichten könnte, da ein solcher Einsatz mit Gefahr für Leib und Leben verbunden sei. Wenn die Stadt trotzdem die Polizei holt, hat sie sich offen als Unterstützer der Spekulanten und gegen die Interessen der Offenbacher Jugendlichen gestellt.

Wir haben uns jedoch darauf eingelassen, in ein anderes Haus der Stadt zu ziehen, wenn das eine diskutable Lösung für ein zentrales Jugendzentrum in Selbstverwaltung darstellt und wenn aus diesem Haus nicht etwa schon vorher Mieter durch Psychoterror in die Stadtaußenbezirke befördert worden sind.

Mittlerweile hat auch Hausbesitzer Hengst Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft im Darmstadt wegen schwerem Hausfriedensbruch gestellt.

Die einzige Reaktion der Stadt: „Das Haus gehört nicht uns, der Besitzer kann machen, was ihm rechtlich zusteht. Wir können an diesen Scheißgesetzen (!!!) nichts ändern!"

Im Prinzip sieht es so aus, daß die SPD-Stadt uns nicht helfen kann, weil die Gesetze nicht von uns und für uns gemacht sind, sondern allein den Kapitalisten dienen. Es nützt nichts, auf die Humanität der SPD zu hoffen, sondern wir müssen den Kampf weiterführen, indem wir, wenn die Bullen in der Übermacht angerückt kommen, wiederum zur Selbsthilfe greifen, sollte die Stadt uns bis dahin kein besseres Haus angeboten haben. Und außerdem! Wer sagt denn, daß unser Haus schlecht ist. Wir brauchen nur ein bißchen Zeit und Ruhe, um unser Haus in Ordnung zu kriegen.

Die Selbstverwaltung steht nämlich nicht abstrakt auf dem Papier und wirkt wie ein Schlafmittel, sondern Selbstverwaltung entwickelt sich im Prozeß der Auseinandersetzung zwischen uns selbst. Die Gespräche zwischen Schülern und Lehrlingen bewegen sich nun nicht mehr in abstrakten theoretischen Bahnen, sondern über das Problem der Instandsetzung von Wasser- und Stromleitungen, über die Einrichtung und Sauberhaltung der Räume, über das gemeinsame Barrikadenbauen, über inhaltliche Probleme des Flugblattschreibens, über gemeinsame Konflikte, die wir untereinander haben, über die S[illegible]n, die wir in diesem relativen Freiraum machen. Denn in der ersten Zeit war es und wird es auch noch sein, daß wir alle ziemlich das machen, was uns Spaß macht [illegible]ne erst mal drauf zu achten, ob andere Typen damit einverstanden sind. So kam es vor, daß schon Geld geklaut wurde, daß ein Radio verschwunden ist und daß einige abends ein Fest feiern und die anderen Leute am nächsten Tag den Dreck wieder wegmachen mußten. Mit der Zeit werden wir erst ein Bewußtsein entwickeln, daß das Haus uns allen gehört, daß wir uns mit diesem Haus identifizieren. Diesem Prozeß hat sich die öffentliche Sozialarbeit und der ganze Scheiß da immer verschlossen, weil es nicht in ihrem Sinne ist, Lernprozesse zu machen, die autonome und deshalb neue Bedürfnisse entwickeln, denn die könnten sich ja gegen das System richten ...

Deshalb dürfen wir uns von den Typen der Stadt nicht kaputt machen lassen, wenn's mal zu Schlägereien kommt oder sonstwas. Wir werden uns selbst organisieren, wir brauchen keine Sozialarbeiter, auch wenn wir uns erst mal zusammenraufen müssen.

Deshalb ist unser Haus für alle da!!!!!

Und mit „allen" meinen wir auch die Ausländer aus Offenbach und Umgebung, denn in Offenbach gibt es 18.000 Ausländer, also auch viele ausländische Jugendliche, die wir jedoch nicht in unsere Aktionen miteinbezogen haben. Erst ein Flugblatt wurde in mehrere Sprachen übersetzt: das war vor der Hausbesetzung. Jedoch die Hausbesetzung selbst lief ohne die ausländischen Jugendlichen, weil es diesmal sehr schnell gehen mußte, aufgrund der Hauszerstörung in der Groß-Hasenbach-Straße 23 und wir deshalb nicht schnell genug Übersetzer finden konnten. Gerade die Ausländer haben nicht die geringste Möglichkeit, ihre „freie Zeit" – außerhalb der Arbeit – selbst zu gestalten. Sie sind entweder in den Wohnheimen und schlechten oder sehr teuren Wohnungen eingepfercht und von der Bevölkerung isoliert oder sie werden in den Diskotheken u. ä. sowie am Arbeitsplatz diffamiert und diskriminiert.

Wir könnten gemeinsame Sprachkurse machen, um die gegenseitige Isolation abzubauen, damit wir miteinander sprechen können.

Ein Grieche erklärte kürzlich in einer Offenbacher Zeitung: "Die Situation ist sowieso beschissen, sie kann nur besser werden!"

Fangen wir an, gemeinsam für unsere gemeinsamen Interessen zu kämpfen, denn wir befinden uns alle in der gleichen Lage wie die Ausländer.

Die Hausbesetzungen und Aktionen (Mietstreik) in Berlin, Hamburg, Frankfurt, Rüsselsheim, Mannheim, München, Hannover usw. haben gezeigt, daß der Kampf gemeinsam geführt werden muß.

Nicht ein Georg-von-Rauch-Haus, sondern viele Rauch-Häuser brauchen wir!!!!!

Fortsetzung von S. 13

Beiträge verschiedener „Parteien des Proletariats" zum Wohnungskampf, die ihren jeweiligen Dogmatismus deutlich zum Ausdruck bringen.

Kampf gegen Mietwucher und Bodenspekulation

Es ist illusionär gegen die allgegenwärtige Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen des Volkes nur dadurch zu kämpfen, indem wir ein paar Häuser besetzen und glauben, indem wir ein paar „sozialistische Inseln" verteidigen, schon das System erschüttern zu können. Nur der ununterbrochene Kampf an der Seite der werktätigen Massen wird eine breite Front herstellen, die das System wirklich erschüttern wird. Ein Beispiel für die kontinuierliche Führung dieses Kampfes ist die Schaffung des Komitees „Kampf den Preiserhöhungen bei den Frankfurter Stadtwerken!", das von der Sympathisantengruppe der KPD in Frankfurt initiiert wurde.

Kampf der Wohnraumzerstörung durch den SPD-Magistrat!

KSV

Anmerkung: der in Nr. 2 erwähnte KSV Ffm. heißt seit drei Wochen KSB; dieser KSV ist jetzt auch in Ffm. die KPD-Studentenorganisation)

Bürgerkrieg im Westend – gegen die arbeitende Bevölkerung.

Die rechten SPD-Führer im Römer und ihr geschniegelter Polizeipräsident haben am Mittwoch die angeblich notwendige Räumung eines besetzten Hauses zum Vorwand genommen, um im gesamten Frankfurter Westend ein großangelegtes Bürgerkriegsmanöver durchzuführen. Es ging offensichtlich überhaupt nicht um das besetzte Haus, das die Polizei zwar verwüstete, aber am Ende gar nicht räumte. Sondern es ging darum, die Bevölkerung eines ganzen Stadtteils mit spektakulären Gewaltmaßnahmen einzuschüchtern, um sie dem Würgegriff der Spekulanten, der kleinen und großen Kapitalisten, die hier Millionen von gesellschaftlichen Reichtum an sich reißen, noch wehrloser auszuliefern. Die Aktionen am Mittwoch waren bewußt geplanter Terrorismus gegen die Bevölkerung des ganzen Stadtteils, praktiziert mit den Gewaltorganen des „Freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates". Das ist die Hauptsache bei den Vorgängen vom Mittwoch. Wenn unsere spontaneistischen Genossen irrtümlich glauben, sie hätten dabei den Massen ein Lehrstück im revolutionären Kampf geliefert, so ist dies die Nebensache. Die Genossen haben sich ihrer Haut gewehrt. Das ist in Ordnung, aber das ist auch alles.

*Anmerkung: *Tendiert zum NRF-Zirkelblock; Ableger des alten KSV Ffm, der jetzt KSB heißt.*



beteiligt, das Proletariat aufhaltend.
(linke und rechte unterstützt von KSV u. KSB)

WIR WOLLEN ALLES erscheint 12 mal im Jahr. Einzelpreis DM 1,00. Der Abopreis für 12 Nummern ist DM 12,00. Anschrift der Zeitung: Wir wollen alles, 8551 Gaiganz. Zahlungen aller Art nur auf dieses Konto: Wir Wollen Alles, Gaiganz. Konto 4684-852 - Postscheckamt Nürnberg. Presserechtlich verantwortlich: Gisela Erler, 8 München 80, Josephsburgerstr. 16. Druck, Verlag, Vertrieb: Politladen Erlangen GmbH.

VW im Streik

Neue Stufe im täglichen Kampf

In allen VW-Werken kam es in der zweiten Aprilwoche zu kurzen Streiks. 20 000 VW-Arbeiter haben in diesem Jahr schon die Arbeit stehen lassen. Trotzdem schweigen die Zeitungen diese Kämpfe tot. Für sie ist nur der Arbeiter ein deutscher Arbeiter, der lammfromm am Ende der Streikstatistik steht. Diese Zeitungsschreiber denken, sie können 30 Jahre VW-Kämpfe ungeschehen machen. Aber diese Streiks waren erst der Anfang. Der Anfang eines organisierten Angriffs der VW-Arbeiter.

Der ständige Kleinkrieg ist seit Anfang der 50er Jahre nicht abgebrochen. Dauernd gibt es Krach mit den Vorgesetzten und Antreibern, die Jüngerem lassen sich anlernen und hauen dann ab, um sich eine bessere Arbeit zu suchen, die Älteren müssen natürlich kuschen, weil die keine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben, die Leute feiern mit Absprachen krank (z. B. in Hannover ist die Krankheitsrate auf 22 % gestiegen, für die Arbeiter bedeutet das 35-Stunden-Tag), „Schluderei" ist Selbstverständlichkeit, und immer wieder steht mal ein Band still, wo von Arbeitern etwas nachgeholfen wurde. Und im Betrieb herrscht eine Saustimmung: die Arbeitshetze ist gestiegen, die Unfälle nehmen wieder zu.

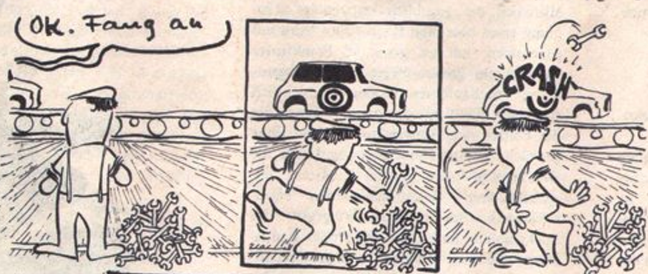
Die Werksleitung setzt alles daran, die Sache wieder in den Griff zu kriegen. Letztes Jahr wurden 11 000 Arbeiter entlassen, dafür konnten die übrigen im Januar 1973 6 Sonderschichten zu je 8 Stunden drehen. Jetzt beginnt man wieder, welche einzustellen. Dabei gehen die in übelster Weise zu Werke. Ausländer kriegen ein Papier vorgelegt und der Dolmetscher sagt ihnen, sie sollen das mal unterschreiben. Wenn sie unterschrieben haben, wird ihnen erzählt, daß sie soeben ihre eigene Entlassung unterschrieben haben. Sie wollen die Leute kleinkriegen, indem sie die Entlassungen über einen Computer laufen lassen, der während eines ganzen Jahres die Arbeitsdisziplin jedes Einzelnen speichert und bewertet. Sie zersplittern die Arbeiter in 13 Lohngruppen, sie wollten auch noch die Jahresprämie in eine Treueprämie umwandeln, um die öfter wechselnden Ausländer und jungen Arbeiter von den älteren abzusondern. Eine Zeitlang versuchten sie, die Bänder gegen Abend unmerklich schneller werden zu lassen.

Derweil haben auch die Gewerkschaften versucht, die Arbeit wieder schmackhaft zu machen, indem sie „homogene Arbeitsgruppen (so ähnlich wie bei Volvo) einführten. Die Arbeiter haben das voll gekontert: Die Treueprämie konnte wegen Unruhe im Betrieb nicht eingeführt werden, und dieses Jahr forderten sie ein 13. Monatsgehalt statt Jahreserfolgsprämie. Für die Arbeit in homogenen Gruppen finden sie keine Leute, obwohl Gewerkschaft höhere Löhne versprechen und den Akkord in der nächsten Zeit für diese Arbeiter nicht erhöhen wollen. Aber in der Gruppenarbeit haben die Leute keinen Durchblick mehr, wie der Akkord steigt, dann wird man ja noch mehr beschissen.

Der Kampf weitet sich aus auf Abteilungsebene, so z. B.als in Hannover Frauen sich weigerten zu arbeiten, bis die Werkhalle ordentlich geheizt wurde oder, als in einer Abteilung reihum gestreikt wurde, bis sie allesamt in eine höhere Lohngruppe versetzt wurden.

In diesen Streiks hat der ständige Kampf jetzt eine weitere Form erreicht: Die Aktionen gingen über die Betriebsebene hinaus und umfaßten alle Werke. Überall war die gleiche Erbitterung, als die Werksleitung die Verhandlungen um das 13. Monatsgehalt abbrechen wollte. Nur der Werkschutz machte überall Überstunden; er versuchte, die Leute einzuschüchtern und das Verteilen von Zeitungen zu verhindern. Massig Bullen rückten an, um die Ausweitung der Kämpfe in die Stadtviertel zu verhindern. Jetzt ist es bei Karmann weitergegangen. Die VW-Bonzen werden keine ruhige Nacht mehr haben.

Proletarische Front



GENOSSEN LEST

ORKUS
BLAUE HILFE info

eine gefangenenzeitung, die von gefangenen geschrieben wird. zeitung der selbstorganisation BLAUE HILFE.
spendenpreis 50 pfg+port
bestellt beim:

internationalismus buchladen
verlag und vertrieb im jugendzentrum nordstadt
3 hannover
kornstraße 28/30
tel. (0511)715034

FAZ 18.5.73

„Man kann sie doch nicht verhungern lassen"

Belgische Hafenarbeiter streiken gegen die Gewerkschaften

E. K. BRÜSSEL, 17 Mai. Im Hafen von Gent arbeiteten fünfzehn Mann unter dem Schutz von sechig Polizisten. Der Bürgermeister hatte die Hafenarbeiter am Vorabend des 40. Streiktages zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgerufen, und er hatte angekündigt, die Polizei werde das Hafengebiet sichern, die Freiheit der Arbeit sei garantiert. Alle Zufahrtswege glichen einem Heerlager der Gendarmerie. Wasserwerfer und Ambulanzen standen bereit.

Während die fünfzehn Arbeitswilligen, die wohl geglaubt hatten, es würden mehr von den etwa 1200 Streikenden dem Aufruf folgen, Papierholz aus einem englischen Schiff löschten, beschloß die Streikleitung: Der Ausstand geht weiter. Den fünfzehn wurde zeitweilig etwas bang, und sie wollten nach Hause, bevor bei ihnen vielleicht die Fensterscheiben eingeschlagen würden. Ihr Schichtführer aber machte ihnen klar, daß es nun zu spät sei, denn ihre Namen seien der Streikleitung längst bekannt — und morgen kämen sicher mehr zur Arbeit.

In Gent war dieser wilde Streik, den die Gewerkschaften nicht anerkennen, von vornherein „total" gewesen. In Antwerpen dagegen hatte der Aufruf weniger Erfolg gehabt: die der Streikenden war nur an den Demonstrationen abzulesen: 1500, 800, 1000 Teilnehmer: und die Organisation der Hafenbetriebe sagte am letzten Demonstrationstag, daß zu mehr als 80 Prozent gearbeitet werde, die Lage sei so gut wie normal — hätte der Streik den Antwerpener Hafen härter getroffen, wäre sicher mehr davon die Rede gewesen.

In der Stadt Antwerpen ist die Situation aber keineswegs normal. Auch hier sind die Zugänge zum Hafengelände von der Polizei abgeriegelt, und im Hintergrund steht als Reserve die staatliche Gendarmerie bereit. Niemand wird durch die Sperren gelassen, er sich nicht als Beschäftigter ausweisen kann. In der sechsten Streikwoche ist die Atmosphäre sehr geladen.

Bei den Demonstrationen kam es zunächst nur zu Steinwürfen auf die Gewerkschaftshäuser. Dann wurde ein Fahrzeug der Gendarmerie in Brand gesteckt, und die Demonstranten versuchten vom genehmigten Weg abzuweichen, als wollten sie Zusammenstöße provozieren. Die gereizte Gendarmerie schlug dann hart zu. Im Krankenhaus liegt auch einer der Führer der Streikbewegung, ein katholischer Arbeiterpriester, der zur Zeit kein geisltliches Amt ausübt, in den vergangenen drei Jahren aber die revolutionäre Bewegung in Chile studiert hat. Die Streikenden haben jetzt einen Märtyrer.

Wer führt nun diese Bewegung? Die Kommunisten sind sicher nur so etwas wie Mitläufer. Da gibt es aber eine Gruppe unter dem Namen „Alle Mach den Arbeitern". Sie war schon vor einigen Jahren bei einem Streik in der Kohlengruben der Provinz Limburg aktiv gewesen. Junge Leute, Studenten und ehemalige Studenten der Katholischen Universität Löwen bilden den Kern.

Die Gewerkschaften, die christlichen, die sozialistischen und die liberalen, haben den Streik zwar nicht anerkannt, den Streikführer aber angeboten, Geld für den Lohnausfall zu zahlen, falls die Arbeit wiederaufgenommen werde. Sie wollen auch für die Forderungen der Streikenden eintreten, jedoch nicht jetzt, sondern im April nächsten Jahres, wenn uas geltende Abkommen ausläuft. Sie können nicht anders; an das Abkommen müssen sie sich halten, sonst werden sie als Sozialpartner unglaubwürdig. Sie aber sind die Hauptzielscheibe dieser Bewegung. Denn durch die Sozialpartnerschaft, sagen die Streikenden, werden sie zum Teil der „kapitalistischen Ordnung". Sie sollen in die Knie gezwungen werden.

Für diesen Freitag ist in Antwerpen wieder eine Demonstration angekündigt. Es sieht aber so aus, als wollten die Streikführer jetzt Zwischenfälle und Tätlichkeiten vermeiden. Vielleicht wollen sie sich nicht die Sympathien verscherzen, die sie zweifellos in großen Teilen der Bevölkerung haben. Neben den Demonstranten gehen stets Frauen und sammlen Geld von den Neugierigen an der Straße. Das Geld sitzt denn auch bei vielen Bürgern sehr locker: „Das sind doch unsere Docker, von denen lebt unser Hafen, von denen leben wir."

Bei der jüngsten Demonstration verteilte eine Organisation des Einzelhandels in Antwerpen Lebensmittelpakete an die Streikenden. Ein Gewerkschaftsführer antwortete auf die Frage, woher denn nun eigentlich das Geld komme: „Ich weiß nicht, wieviel die Linken ihnen geben können oder wieviel die Bevölkerung aufbringt, aber sie bekommen Unterstützung auch von Gewerkschaftsorganisationen — man kann doch die Leute nicht verhungern lassen."

Das ist eine belgische Lösung.

RENAULT

Weniger Arbeit mehr Lohn!

Kämpfe bei Renault haben in Frankreich Tradition. Denn Renault ist das Herz bzw. das Sturmbarometer der multinationalen Arbeiterklasse in Frankreich.

Und das, obwohl sie sämtliche für das Kapital angenehme Eigenschaften der multinationalen Arbeiterklasse aufweist: völlig mobile, in 6–7 Nationalitäten gespaltene, unqualifizierte Handarbeiter.

Bei Renault sind 90% der Produktionsarbeiter Ausländer (45.000). Insgesamt beschäftigt das Werk 95.000 Arbeiter.

Das Werk hat bislang nach allen Kämpfen versucht, die Mobilität und Ersetzbarkeit der Emigranten gegen diese zu kehren. So sind z. B. im Sommer 71 einfach 3.000 Emigranten des Werkes Billancourt nach den Kämpfen im Frühsommer entlassen und durch ein neues Kontingent ersetzt worden. D. h. es gibt bei Renault sowohl eine Tradition von Kämpfen als auch von der anderen Seite her eine Tradition der Repression.

Die Renault-Werke wurden 1945 verstaatlicht und galten in den 60er Jahren als gaullistisches Modell der „participation" (franz. Mitbestimmung). So sollte die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Management immer reibungsloser werden. Die dort ausgehandelten Betriebsvereinbarungen, die z. B. die 4 Wochen bezahlten Urlaub usw., wurden zum Vorbild für alle Industriebetriebe. Seit 1968 sind die Kämpfe bei Renault ohne die „traditionelle" Spitze der Klassenbewegungen, der kommunistischen Gewerkschaften geführt worden und haben sich zwangsläufig mehr und mehr gegen deren Einbindung in die „participation" gewandt.

So entsteht eine Arbeiterlinke im Betrieb, die in letzter Zeit nicht nur spontan und explosionsartig in Erscheinung tritt, sondern auch mit neuen Formen von Organisation experimentiert. Im Januar 72, wo sich während eines wilden Streiks in der Lackiererei ein Bandkomitee bildete, das sich 4 Tage lang hielt und autonom verhandelte mit der Unternehmensführung. Wobei die forderungen immer die Arbeitsbedingungen und die Lohnspaltungen betreffen.

Worum ging's diesmal?

Im Preßwerk des Zentralwerks in Billancourt streiken am 21. März 373 Produktionsarbeiter mit der Forderung nach gleichem Lohn für alle. Sie wollten alle soviel verdienen wie der Maschinenführer. Sie geben folgende Erklärung für ihre Forderungen:

„In die Lohnstufe P1-F (Kategorie der angelernten Arbeiter), wie Maschinenführer, Einrichter, etc.), von denen es 15 in der Abteilung gibt, kommen die Arbeiter, die nicht aufmucken. Mit der Bezeichnung angelernte Arbeiter wird der Maschinenführer, d. h. der Arbeiter, der die Bleche in die erste Presse legt, bestochen.

Er gibt nämlich den Arbeitsrhythmus an. Deshalb stuft man sie als angelernte Arbeiter ein, damit sie sich gefügig dem Werk gegenüber verhalten, und die Normen von sich aus erhöhen.

Auf diese Posten setzen die Meister die Radfahrer und Streikbrecher. In Wirklichkeit entspricht der Einstufung als angelernte Arbeiter keine reale Qualifikation, die Maschinenführer sind Arbeiter wie wir, sie machen dieselbe Arbeit wie wir.

Also gibt es keinen Grund, daß sie mehr verdienen als wir, wenn man dieselbe Arbeit macht, muß man auch dasselbe verdienen. **Für gleiche Arbeit gleicher Lohn!!!**

Nach 8 Tagen Streik in den großen Pressen, nämlich am 29. März beschließt das Werk, eine technische Aussperrung von 7.000 Arbeitern. Am 10. April stimmen 108 von 187 Arbeitern der Pressen für die Wiederaufnahme der Arbeit. Sie bekommen jetzt alle genau so viel Geld wie die Maschinenführer, aber werden auf dem Lohnzettel nicht in der Kategorie der angelernten Arbeiter P1-F geführt.

Diesen Sieg führen die Arbeiter auch auf die Organisation ihres Kampfes zurück. Sie haben z. B. die Verhandlungen nicht der Gewerkschaft überlassen, sondern jedesmal sind 4 Arbeitskollegen mitgegangen, damit nicht gemauschelt werden kann zwischen Gewerkschaft und Betriebsleitung.

Außerdem haben sie regelmäßig Abteilungsversammlungen abgehalten. Am 13. April ordnete die Betriebsleitung die Wiederaufnahme der Arbeit an. Aber die große Mehrheit der Produktions- und Montagearbeiter weigerte sich, die Arbeit wiederaufzunehmen, wenn die Aussperrung nicht 100%ig von der Betriebsleitung bezahlt wird.

„Der Betrieb muß uns den Lohnausfall bezahlen. Er hat die technische Aussperrung verursacht, denn hätten sie die Forderungen gleich erfüllt, wäre es nicht zu einem Engpaß gekommen."

Als bis zum 27. April immer noch nicht gearbeitet wird, beschließt die Betriebsleitung jetzt eine Aussperrung für die Arbeiter der Pressen.

Am 2. Mai, nach einem Monat Streik, nehmen die Arbeiter in Billancourt, nachdem in Flins und Sandouville wieder gearbeitet wird, die Arbeit wieder auf. Jede Abteilung, jeder Bandabschnitt bekommt eine andere Abfindung. Ganz wenige tatsächlich 100%, andere 50%, die nächsten wieder 30%, usw.

Die Arbeiter sind ungeheuer sauer, denn sie haben alle Geld verloren. In dieser Situation verteilt die CGT, die eh keinen Anteil an dem Sieg der Pressenarbeiter hat, ein Flugblatt mit folgendem Inhalt:

„Produktionsarbeiter, Facharbeiter, Techniker, Angestellte und Meister!
Eure Forderungen stehen endlich zur Debatte, nämlich die einheitliche Lohnskala für alle; unterstützt diese Forderung!

Die Arbeiter sind auf diese „Aufforderung" so sauer, daß die CGT die Versammlung für 9.00 Uhr absagen muß.

Die Gewerkschaft verfolgt mit dieser „einheitlichen Lohnskala" eine ganz bestimmte Strategie.

Bei allen spontanen Kämpfen in der letzten Zeit hinkte sie hinter den Kämpfen her und mußte immer wieder versuchen, die Arbeiter auf einen Kompromiß einzuschwören. Ihre Taktik ist jetzt scheinbar, die Forderungen aufzugreifen und den Kampf auf nationaler Ebene zu führen.

Diese einheitliche Lohnskala, die gehen soll vom ungelernten Produktionsarbeiter über den Meister bis rauf zum Techniker, hat dabei die Funktion, die revolutionäre Dynamik, die geht von „gleichem Lohn für gleiche Arbeit" zu „gleichem Lohn für alle", da alle unter denselben Bedingungen arbeiten und leben müssen, abzuwürgen und zu ersetzen durch die Fixierung an den Zusammenhang zwischen Lohn und Qualifikation, wobei der „demokratische" Winkelzug bei dieser Lohnskala die tarifliche Vereinbarung von Fortbildungskursen für alle ist. Damit soll der Aufstieg in der Leistungshierarchie gewährleistet werden.

„Wer gut schafft und sich anstrengt, kann in einer Leistungsgesellschaft auch mehr verdienen!"

Diese Politik der Gewerkschaft ist die Ummünzung der Volksfrontpolitik der KPF für den Betrieb. Um die mittleren Schichten zu gewinnen, muß man ihnen ihren gesellschaftliche Status auch in der Lohnhierarchie garantieren. Gerade in der letzten Zeit bemüht sich die CGT um die Organisation der Meister und mittleren Angestellte.

Dem setzen die Produktionsarbeiter in ihren spontanen Streiks ihre Forderung nach Gleichheit gegenüber.

Mit der Parole „für gleiche Arbeit gleicher Lohn" greifen die Produktionsarbeiter die „wissenschaftliche" Organisation der Arbeit an. In dieser „wissenschaftlichen" Konzeption hängt die Produktion primär von den Maschinen und nicht von den Arbeitern ab.

Daraus folgt, daß die Maschine den Lohn bestimmt. Dieses System legitimiert die Lohnunterschiede nach Arbeitsplatz (wer an einer wertvollen Maschine arbeitet, bekommt demnach mehr Geld).

Dieses System spaltet, sagen die Produktionsarbeiter, dabei sind die Arbeitsmühen, die Normen für alle gleich. Wir fordern gleichen Lohn für alle Produktionsarbeiter und die Kategorie der angelernten Arbeiter für die schwersten Arbeitsplätze.

Als erstes verlangen die Produktionsarbeiter die Gleichheit der Löhne und danach sprechen wenige von Qualifikationen und der Möglichkeit, auch mal einen Meisterbrief zu machen.

Denn die Kategorie P1-F ist nichts anderes als eine Belohnung für Radfahrer.

Dieser Streik wurde ausschließlich getragen von Emigranten, die ihre Forderungen entwickelten aus ihrer spezifischen Arbeits- und Lebenssituation. Ganz anders die Gleichheitsforderungen, da sie als Emigranten nicht die Perspektive der Qualifikation haben, sondern an den Bändern schuften. Auf der anderen Seite die Überlegung, in möglichst kurzer Zeit so viel Geld wie möglich zu verdienen, um dann in ihr Heimatland zurückzukehren.



Fremdsprachige Ausgaben

WIR WOLLEN ALLES erscheint auch in italienischer und griechischer Sprache, Preis 0,50 DM. Es ist unbedingt notwendig, den Vertrieb lokal zu organisieren. Ausländische Arbeiter kommen kaum in linke Buchhandlungen. Die griechische und italienische Ausgabe ist jeweils über die Redaktionskontaktadresse zu bestellen oder gleich über die Vertriebsanschrift in 8551 Gaiganz. Kontaktadresse für die italienische Ausgabe ist J. Fischer, 6 Frankfurt, Bornheimer Landstraße 64 – für die griechische: Buchhandlung Manifest, 2 Hamburg 13, Schlüterstraße 79.
Bisher sind veröffentlicht: Nr. 1 und 2 der griechischen Ausgabe. Nr. 2 enthält einige Artikel aus Nr. 2 und 3 der deutschsprachigen Ausgabe. Außerdem erschienen ist Nr.1 der italienischen Ausgabe, die einige Artikel aus Nr. 1 und 2 der deutschsprachigen Ausgabe enthält. Darüberhinaus bringen die fremdsprachigen Ausgaben immer Artikel, die in der deutschsprachigen nicht auftauchen.
Die nächste italienische Ausgabe erscheint in ca. 3 Wochen, vielleicht wird demnächst auch eine spanische Ausgabe erscheinen.

Daß die ausländischen Ausgaben in der Regel nicht verkauft, sondern umsonst verteilt werden, ist einer der Gründe, warum wir laufend dringend auf Spenden angewiesen sind. Bitte überweist das Geld auf das Postscheckkonto Nürnberg Nr. 4684-852, Kontobezeichnung WIR WOLLEN ALLES, Gaiganz.
Organisiert den Vertrieb der fremdsprachigen Ausgaben in den einzelnen Orten.

Die Redaktion.

JETZT ZAHLEN !!!

WIR WOLLEN ALLES
ist eine Zeitung für **alle**, die kämpfen. Sie ist nicht unser privates Nachrichtenorgan. Deswegen beteiligt Euch, Genossen. Schickt Artikel, Flugblätter, Kurznachrichten, Fotos, Zeichnungen, Comics usw.!

Adresse: **WIR WOLLEN ALLES**
8551 Gaiganz Nr. 12
Konto: Wir wollen alles, Gaiganz; Postscheckamt Nürnberg Nr. 4684-852

FREUNDE UND GENOSSEN, UNTERSTÜTZT DAS ERSCHEINEN DIESER ZEITUNG DURCH EURE SPENDEN. ÜBERWEIST AUF DAS POSTSCHECKKONTO 4684-852 (WIR WOLLEN ALLES), POSTSCHECKAMT NÜRNBERG.

REPRESSION



„Während die KPD vor aller Augen durch ihre von vornherein isolierten Maßnahmen, wie den Bonner Rathaussturm, klar gezeigt hat, daß sie mit den Kämpfen der Massen nichts zu tun hat, glauben einige Genossen immer noch, in der KPD eine Gruppe sehen zu müssen, die gegen den Kapitalismus und Imperialismus gekämpft hat und erst in der letzten Zeit durch die brutale Verfolgung des Staatsapparats isoliert worden ist. Wir werden protestieren gegen den staatlichen Terror der SPD-Regierung, wir tun dies aber nicht, um diese Demonstration zu einer Unterstützungsdemonstration für den kleinbürgerlichen Bürokratismus zu machen, der keine andere Funktion gehabt hat, als Spielpuppe in der Hand der Bourgeoisie zu sein."

Dies, Genossinnen und Genossen, ist der genaue Wortlaut eines Flugblatts der KPD, nur daß wir an den entsprechenden Stellen statt RAF und Anarchismus KPD und Bürokratismus gesetzt haben. Wenn wir den beispiellosen Zynismus der AO von damals überwinden wollen, muß die Möglichkeit praktischer Solidarität gegen die Verfolgung linker Organisationen im Mittelpunkt unserer heutigen Diskussion stehen.

Damit distanzieren wir uns nicht von der KPD sondern solidarisieren uns mit ihr.

Es gibt Genossen, die auf die Politik der AO so sauer sind, daß man den Appell zur Solidarität nicht abstrakt in den Raum stellen kann, ohne ihn näher zu diskutieren. Solidarität wird für uns nicht heißen, die Differenzen zurückzustellen, die Politik der AO zu unterstützen und uns in eine Kampagne „Kampf dem KPD-Verbot" unter den roten Bannern der Vorhut des Proletariats einzureihen.



Wenn der Staat eine revolutionäre Organisation verbietet, dann nicht wegen ihrer bürokratischen Organisationsformen oder ihrer stalinistischen Positionen, sondern deshalb, weil sie einen revolutionären Anspruch vertritt. Wer nicht sieht, daß der Staat in seiner Reaktion auf den revolutionären Anspruch der KPD seine Bereitschaft demonstriert, jede revolutionäre Politik zu bekämpfen, macht sich Illusionen über den Charakter des Klassenstaats und macht sich Illusionen über den Charakter unserer eigenen Politik. Denn es hat in den letzten zwei Jahren eine Reihe gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen Genossen und dem Staat gegeben:

–die Aktionen der RAF
–militante antiimperialistische Demonstrationen in verschiedenen Städten
–vereinzelte gewaltsame Aktionen in den Betrieben.

Es gab Jugendzentrums- und Häuserbesetzungen, zuletzt die zwei Wochen Häuserkampf in Frankfurt und dann die spektakuläre Besetzung des Bonner Rathauses durch die KPD. Immer wurde in diesen Kämpfen das Gewaltmonopol des Staates partiell in Frage gestellt, und immer hat der Staat seine Gewalt, jedenfalls seine äußere Ordnung, wiederhergestellt. Vergessen wir nicht, wie die Genossen von der RAF und jetzt von der KPD werden alle Genossen verfolgt, die an den Kämpfen beteiligt waren.

Getroffen hat der Staat in allen Fällen die, welche er auch treffen wollte.

Vor ziemlich genau einem Jahr, als die Jagd der Bullen auf die RAF ein solches Ausmaß angenommen hatte, daß ihre Zerschlagung unmittelbar bevorstand, begann der RK verspätet-selbstkritisch, sich mit der RAF auseinanderzusetzen. Die Kritik an der RAF unter dem Motto „Feuerkraft statt Massenkampf" ermöglichte es uns, der praktischen Solidarität aus dem Wege zu gehen. Wir trugen unseren Teil bei zu der völligen Isolierung der RAF innerhalb der Linken und beobachteten verlegen ihren Untergang. Das militärische und ideologische Aufgebot des Staates hätte uns die Augen öffnen sollen, über dessen politische Fähigkeit, Teile der linken Bewegung gewaltsam zu zerschlagen.

Aus diesen Fehlern haben wir gelernt.

Wir sind der Ansicht, daß die gegenwärtige Repression gegen die KPD anders als bei simpel autoritären Regimes, die jeweils die unmittelbaren Interessen des Kapitals gewaltsam vollstrecken, daß diese Repression aus dem besonderen Dilemma des Reformismus resultiert. Der sozialdemokratische Reformismus bezieht sein Selbstbewußtsein aus der Hoffnung, längerfristige Interessen des Gesamtkapitals mit den Massenbedürfnissen durch aktive Reformpolitik versöhnen zu können. Seine Legitimation zieht er gerade daraus, daß er die Massenbedürfnisse, wenn auch verstümmelt, ideologisch akzeptiert und aktiviert: Qualität des Lebens, Demokratisierung der Institutionen, Mitbestimmung, Wohnen ist mehr als Miete zahlen usw. Gleichzeitig zwingt ihn sein Bekenntnis zu Reformen, d. h. zu kapitalimmanenter Politik, die institutionelle und legale Verfahrensweise um jeden Preis festzuhalten. Jede antiparlamentarische zur Militanz bereite Bewegung gefährdet die Balance zwischen den Widersprüchen. Die Entfesselung des massenhaften Kampfs um die Bedürfnisse der Unterdrückten wäre das Ende der sozialdemokratischen Illusion.

In Frankfurt, in den zwei Wochen Häuserkampf, ist eine solche Bewegung in ihrer ganzen Militanz sichtbar geworden. Hier ist zwar nicht die Machtfrage gestellt worden, aber hier ist doch das Selbstverständnis des SPD-Reformstaates gehörig ins Schleudern gekommen. Denn in diesem Häuserkampf wurde exemplarisch klar, daß die SPD die gesellschaftlichen Massenbedürfnisse, die sie mit politischen Reformen zu erfüllen, zu verwirklichen verspricht, mit ihrer Reformpolitik nicht befriedigen kann, daß sie gerade praktisch sich gegen diese Massenbedürfnisse stellen muß, da in legalem Wege gar nichts anderes übrig bleibt. Und bei dieser Gelegenheit wurde auch deutlich, daß die Verwaltung dieser Bedürfnisse durch sozialdemokratische Reformgesetzgebung selbst längerfristig dürftig bleibt.

In dieser Situation, in der die Glaubwürdigkeit ihrer Reformpolitik erschüttert wurde, hätte die SPD nur zu gerne beim Häuserkampf kräftig zugeschlagen. Wegen des Widerspruchs zu ihren eigenen Ansprüchen, Massenbedürfnisse zu vertreten, konnte sie das aber in Frankfurt nur individuell. Denn jedes Zuschlagen, jeder Polizeieinsatz, das Verbot, die Samstagsdemonstration in der Stadt zu führen, wurde von der Bevölkerung auch als Angriff auf diese massenhaft vorhandenen Bedürfnisse, nach besserem Wohnen, nach der von der SPD so lauthals propagierten „besseren Lebensqualität" begriffen. Das war die Voraussetzung für die relativ große Zustimmung, ja praktische Solidarisierung, die unsere Aktionen während des Häuserkampfs hervorriefen. Und deshalb mußte Arndt darauf verfallen, die Gewaltsamkeit der Auseinandersetzungen einem Eingreifen von außen zuzuschreiben. Nachdem die fabulöse Politrockertheorie sich abgegriffen hatte, bot sich die KPD dafür ausgezeichnet an. Durch das Monitor-Interview und ihre anderen kühnen Verlautbarungen, reklamierte sie die Militanz der Bewegung für sich.

Es ist bei der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der KPD nicht die Frage, ob man die militante Besetzung des Bonner Rathauses beim Thieu-Besuch richtig oder falsch findet. Wir behaupten, daß es der KPD dabei in erster Linie gar nicht um Veitnam und die Empörung, die der Thieu-Besuch ausgelöst hatte, ging. Sonst hätten nicht über dem Bonner Rathaus Parteifahnen geweht, sonst hätte sich nicht das ZK dort symbolisch zu einer Sitzung zusammengefunden, sonst wären die Genossen Semler und Horlemann in ihrem Interview auf die Inhalte des Protests eingegangen. Tatsächlich ging es der KPD in Bonn – wie anderswo und immer – vor allem darum, mit einer Aktion möglichst propagandistisch auf sich aufmerksam zu machen, um den Rahm einer langsam wiederentstehenden praktischen Protestbewegung außerhalb der Institutionen abzuschöpfen für eine Organisierung in der Partei. Wenn unsere Kritik an der Politik der KPD darin besteht, daß wir sagen, daß sie abstrakt den Kampf gegen das Kapital führt, indem sie das formale Prinzip der Partei des Proletariats machtpolitisch gegen die Staatsmacht setzt, so ist die entscheidende Frage bei jeder unserer Aktionen, eine Politik zu versuchen, die an systemtranszendierende Massenbedürfnisse gebunden ist.

Welches Ziel haben unsere Aktionen jetzt?

Diese Frage müssen wir uns stellen, wenn wir jetzt Widerstandsaktionen gegen das KPD-Verbot diskutieren und planen, wollen wir nicht dieselben Fehler wie die KPD machen und den Kampf um eine Organisation führen als Ersatz für eine Bewegung, die sich um Inhalte strukturiert.



Wir sehen das KPD-Verbot im Rahmen von sich Stück für Stück verstärkender staatlicher Repression, die sich auf der polizeistaatlich-justitiellen Ebene im Rausgreifen und individuellen Fertigmachen einzelner Genossen durch Hausbesetzungs- oder Demonstrationsprozesse genauso als Abschreckungs- und Spaltungsmaßnahme zeigt, wie in deren Verlängerung als Isolation und physisches Fertigmachen der aktiv oder potentiell Widerstandsleistenden im Knast.

Deswegen ist unser erster Vorschlag:

Die Demonstration, die vom Komitee „Kampf der Folter im Knast" für den Samstag in einer Woche gegen die Terrorsituation im Knast und gegen die Eröffnung des neuen Untersuchungsgefängnisses in Preungesheim organisiert wird, von uns aus zu bestimmen als eine Demonstration gegen staatlichen Polizei- und Justizterror, bei der die Repression im Knast in den Zusammenhang der aktuellen Repression auch außerhalb des Knasts gestellt wird.

Wir sehen das KPD-Verbot aber auch im Rahmen einer anderen, zweiten Ebene von staatlicher Repression, nämlich der, die sich qua Gesetze und Erlasse durchsetzt, wie sie sich exemplarisch im Ministerpräsidentenbeschluß zum Berufsverbot Linker im Staatsdienst zeigt.

2. Unser Vorschlag für die aktuelle Situation ist – auch in ehrlicher Einschätzung des bestehenden Kräftepotentials der Linken, das sich primär immer noch aus Studenten rekrutiert – einen Streik an den über unsere Agitation kurzfristig mobilisierbaren Universitäten und Schulen gegen das Verbot sozialistischer Praxisansätze – unter das dann auch das Verbot linker Organisationen fällt – zu organisieren.

Wir schätzen die Situation so ein, daß sich die reformpolitisch legitimierende Staatsmacht im Moment ein Instrumentarium schafft, mit dem sie jede Agitation und Aktion einer linken Gruppe – sei es in den Betrieben, sei es in der Hochschule oder Schule, sei es in den Stadtteilen – mit dem formalen Hinweis, daß die KPD dahintersteckt, zu verbieten versucht, ohne auf die in ihnen zum Ausdruck kommenden Inhalte und Interessen sich beziehen zu müssen. In diesem Sinn trifft das KPD-Verbot uns alle und führt uns auf diesem teach-in zusammen, um gemeinsame Aktionen dagegen zu überlegen.

Wir können uns aber nicht unter der formalen Parole „Erkämpfen wir uns das Demonstrationsrecht zurück" der verbotenen Demonstration gegen den Breschnew-Besuch anschließen. Abgesehen davon, daß diese Demonstration von der KPD wiederum als Manifestation der einzig proletarischen Partei angekündigt ist, wird sie an einem Inhalt festgemacht, dem wir uns nicht anschließen können. Wir meinen nicht, daß die Auseinandersetzung mit dem Revisionismus auf dieser Ebene geführt werden kann. Auf die Begründung hierfür werden wir in der Diskussion noch eingehen.

WIE MAN SOLIDARITÄT ERZWINGT

Nach den Worten des KPD-Parteiarbeiters *Weiland* auf einer Solidaritätsveranstaltung in Bochum hat die KPD, obwohl sie vorzeitig von der Polizeiaktion gegen ihre Parteizentrale in Dortmund informiert war, keine Schutzmaßnahmen ergriffen und die Abonnentenkartei der Roten Fahne dort gelassen, weil der Verlag Rote Fahne ein legales Unternehmen sei. Dies, so Weiland, sei „offensiver demokratischer Kampf".





Die verirrten Genossen

Zwar soll Lenin gesagt haben:
„Nur wer nichts tut macht keine Fehler"
doch das ist lange her
und die Rechten darf man nicht reizen
Drum kein Erbarmen mehr
mit den verirrten Genossen
und mit jenen Genossen die sich
der verirrten Genossen erbarmten

Doch verdienen auch sie guten Rat:
Die noch frei herumgehen dürfen
beginnen jetzt die hinter Gittern
laut zu belehren
man müsse geduldig sein
und man dürfe Irrlichter niemals
mit Fanalen verwechseln
Das stimmt ja auch ganz gewiß

Und gewiß hält auch jeder fest
an der eigenen richtigen Linie
und wundert sich höchstens
wenn die Reihe an ihn kommt
Doch er weiß dann wer schuld daran ist:
die verirrten Genossen
die ihn schädigen wollten
mit ihrem sinnlosen Kampf

Erich Fried

Die revolutionäre Linke läßt sich nicht durch Kriminalisierung spalten!

